„Lebenskunde“ aus Bühnsdorf

BÜHNSDORF. Der „Arbeitskreis für Lebenskunde e.V.“ wartet in diesem Jahr wieder mit zahlreichen Veranstaltungsangeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auf.

So sollen neben „Philosophischen Wochenenden“, „Zeltlager“, „Alpenlager“ sowie „Ferien“- und „Familienlager“ im Rothaargebirge, am „Steinhuder Meer“, in Brandenburg und in Österreich durchgeführt werden. Angekündigt werden auch ein Segeltörn auf der Ostsee, eine „Planungstagung“ in Fulda und eine „Erziehertagung“ mit Familientreffen in Hohe Maien in Schleswig-Holstein. Den Ausgangspunkt „für die Gestaltung des Lagerablaufes, für die Auswahl der Lebenskundethemen und deren Behandlung“ bildet dabei die Philosophie der Mathilde Ludendorff. Die völkisch-religiösen Vorstellungen der zweiten Ehefrau des Generals Erich Ludendorff sind stark von Antisemitismus und kruden Verschwörungstheorien geprägt. Die Ludendorffsche „Gotterkenntnis“ definiert sich aus der Gegnerschaft zu einer angeblich „jüdisch-freimaurerischen Verschwörung“ (dem Kommunismus) und einer angeblichen „Propagandalehre für die Judenherrschaft“ (dem Christentum). Inhaberin der Webseite des „Arbeitskreises“ ist Maren Preisinger aus der Gemeinde Bühnsdorf bei Bad Segeberg. 1980 gab der „Arbeitskreis für Lebenskunde“ noch die Zeitschrift „Die Deutsche Volkshochschule“ heraus. Schriftleiter war damals Dr. Werner Preisinger aus Ratekau.

Der 1905 geborene Studienrat war schon früh in Ludendorffs „Tannenbergbund“ aktiv. Während des Naziregimes arbeitete Preisinger als Jugenderzieher auf NS-Ordensburgen. Nach 1945 war er verantwortlich für die Zeitschrift „Füllhorn“, „Zeitschrift für die Jugend“, die im Ludendorffer-Verlag „Hohe Warte“ erschien. 1958 verließ Preisinger den 1951 von Ludendorff-Anhängern gegründeten „Bund für Gotterkenntnis“, der von 1961 bis 1977 sogar als „verfassungsfeindlich“ eingestuft und verboten war. *hma* ■

Korrektur:

Im Artikel „Rieger zum Abriss des Heisenhofes verpflichtet“ in AN 4-2009 hat es zwei Datenfehler gegeben: 1. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Stade stammt vom 6. Februar 2009 (hier fehlte die Jahreszahl). 2. Riegers Firma, in deren Namen er den Heisenhof erwarb, wurde am 29. August 2006 (nicht 1996) aus dem Handelsregister in London gestrichen. *Die Red.*

„Ludendorffer“-Frühjahrstagung

BERLIN-BRANDENBURG. Die Ludendorff-Anhänger vom „Bund für Gotterkenntnis e.V.“ wollen ihre diesjährige Frühjahrstagung am 21. und 22. März in Berlin-Brandenburg durchführen.

Auf der Tagesordnung stehen u.a. Berichte über „3903 Tage russische Gefangenschaft“, „Die Entwicklung der Bevölkerung“, Referate über den Bildhauer Johann Heinrich Danecker und über den „Weltumsegler“ Bogislaw von Selchow. Der Fregattenkapitän hatte1920 die „Organisation Escherich“ (orgesch) in Westdeutschland geführt. Diese war aus „Einwohner-Selbstschutz“-Verbänden entstanden, die zur Zerschlagung der bayrischen Räterepublik beigetragen hatten. Während der Tagung besteht die Gelegenheit, „den bis zur Tagung vielleicht schon fertigen Ausbau (Schlafräume, große Halle) zu besichtigen“, heißt es in der Einladung. *hma* ■

Geldstrafe wegen Verunglimpfung

KARLSRUHE. Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg, Manfred Lüttke, ist wegen „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ zu einer Geldstrafe über 3000 Euro verurteilt worden. Lüttke hatte den evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer, der wegen seiner Gegnerschaft zum NS-Regime kurz vor Ende des 2. Weltkrieges zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, als „ganz gewöhnlichen Landesverräter“ bezeichnet. Bonhoeffer habe „intensive Kontakte mit der deutschfeindlichen englischen Kriegspolitik“ gehabt und diese mit Informationen versorgt, hatte Lüttke geäußert. Das Amtsgericht Karlsruhe wertete dies als „grobe und schwerwiegende Herabsetzung“ Bonhoeffers. Lüttke, der mittlerweile die CDU verlassen hat, will das Urteil anfechten. *hma* ■

Protest gegen neuen „Thor Steinar“-Laden

BERLIN. In Berlin-Friedrichshain demonstrierten am 28.2.2009 rund 250 Menschen gegen die Neueröffnung des „Thor Steinar“-Ladens „Tromsø“. Das Geschäft in der Petersburger Str. 94 verkauft nach Aussage der Grünen-Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, Clara Herrmann, nur die Marke „Thor Steinar“. Diese gilt als Modemarke der Neonaziszene. Dass sich der Protest gegen Läden der rechten Szene lohnt, wurde bereits mehrfach bewiesen. Beispielsweise wurde der Inhaber des „Tønsberg“-Ladens in Berlin-Mitte im Oktober 2008 dazu verurteilt, das Geschäft in der Rosa-Luxemburg-Straße zu räumen. Ähnlich entschieden auch die Richter in Leipzig, Magdeburg und Hamburg. *Quelle: npd-blog.info* ■

Wanderausstellung einer Projektgruppe der FSU Jena vom 27. Februar bis 25. Mai 2009 im Stadtmuseum Gera

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen 10 Fallgeschichten von „arisierten“ Bürgern Thüringens. Die sogenannte „Arisierung“ (wirtschaftliche Beraubung bzw. gesellschaftliche Vernichtung) ist innerhalb der heutigen politischen Bildung vernachlässigt dargestellt und vermittelt worden. Ziel ist es, dem Publikum die „Vorstufen“ des Holocausts zu verdeutlichen. Die Frage nach dem „Wie konnte das passieren?“ steht oft im Raum. Durch die Ausstellung wird diese Dimension klarer. Das liegt vor allem auch an der Darstellung von Tätern und den beteiligten Institutionen.

Ohne die Akzeptanz der „antisemitischen Politik“ in der Bevölkerung, wäre das Vorgehen von 1933 -1939 nicht ohne Weiteres möglich gewesen.

www.arisierung-in-thueringen.uni-jena.de

Rechtsextreme Russlanddeutsche planen Demonstration

FRIEDLAND. Erstmals wollen in Niedersachsen rechtsextreme Gruppierungen von sogenannten Russlanddeutschen demonstrieren, Zwei Organisationen aus diesem Spektrum, die auch der NPD nahe stehen, haben für den 9. Mai zu einem „deutsch-russischen Friedensmarsch“ zum Heimkehrerdenkmal in Friedland aufgerufen. Anmelder der Demonstration sei die Vereinigung „Die russlanddeutschen Konservativen“, berichtete die zuständige Kreisrätin des Landkreises Göttingen. Mitveranstalter ist außerdem der Verein „Deutsch-Russische Friedensbewegung im europäischen Geistes“ zu dessen Mitbegründern das NPD-Vorstandsmitglied Thorsten Heise zählt. Diese Vereinigung wird im thüringschen Verfassungsschutzbericht 2007 erwähnt. Beide Organisationen seien bislang nicht aktiv geworden, so eine Sprecherin des niedersächsischen Verfassungsschutzes. *bee*

Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung 05.03.2009 ■

Aktionsbüro Rhein-Neckar fällt durch gewalttätige Aktionen auf

MANNHEIM. Das Mannheimer Bündnis gegen Rechts weist auf die zunehmende Militanz des rechtsextremen Aktionsbüros Rhein- Neckar hin und kündigt eine Kampagne gegen die Kandidatur rechtsextremer Gruppen für die Gemeinderatswahl 2009 an:

„Im Gegensatz zu den Aktionen der vergangenen Jahre, in denen das Aktionsbüro Rhein-Neckar (ABRN) versuchte durch Initiierung von Bürgerinitiativen, dem Verteilen von Flugblättern oder der Durchführung von Kundgebungen, eine Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, fällt es in letzter Zeit eher durch gewalttätige Übergriffe auf.

Der Überfall von Nazis auf das Ladengeschäft „US-Shop“ in Mannheim und der Übergriff gegen einen Treffpunkt der Linken in Darmstadt im Januar oder der Überfall auf Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf der Heimreise von der Gegendemonstration gegen den Naziaufmarsch in Dresden 2009 stehen alle im Zusammenhang mit dem Aktionsbüro Rhein-Neckar.

Diesen immer militanter agierenden Neonazis gilt es gemeinsam entgegen zu treten!

Mit unserem Kongress „Mannheim gegen Rechts“ (siehe Bericht AN 4-09) haben wir einen erfolgreichen Auftakt zur Verbesserung der antifaschistischen Vernetzung in Mannheim und der Region gemacht. 120 Menschen aus einem breiten politischen Spektrum haben dort eine breite antifaschistische Kampagne gegen die Kandidatur rechtsextremer Gruppen zur Gemeinderatswahl am 7. Juni 2009 beschlossen.

Unsere Kampagne wird folgende fünf Bausteine enthalten:

1. Wir wollen eine Gemeinsame Erklärung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus veröffentlichen – auf unserem Kongress haben wir sie verabschiedet. Nun sollen sie möglichst viele Organisationen, Gruppen, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften, Vereine und Parteien unterstützen und weiter verbreiten!

2. Wir wollen Argumentationshilfen gegen Rechts zur Verfügung stellen – damit wir die Menschen in der Wahlkampfzeit besser informieren können!

3. Wir wollen an den Schulen eingreifen – die NPD hat mit der Verteilung ihrer sogenannten Schulhof-CD an Mannheimer Schulen schon gezeigt, dass sie dort einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten setzen wird!

4. Wir wollen die unterschiedlichen Aktionsformen organisieren – egal ob bei Infoständen oder Aufmärschen soll den Rechtsextremen auf phantasievolle Art und Weise gezeigt werden, dass sie in Mannheim und der Region nicht erwünscht sind!

5. Wir wollen Kulturaktionen gegen Rechts initiieren – um möglichst viele Menschen auf möglichst vielfältige Art und Weise zu erreichen.“

Für das Bündnis „Mannheim gegen Rechts“, Alexander Müller, Heiner Ritter ■

Fortsetzung von Seite 1: Wahlen in Kärnten

Anstatt Konturen zu zeigen, ist sie um „Konsens“ bemüht und ihr Frontmann Bundeskanzler Werner Faymann betätigt sich als „Immer-Lächler“. Kein Wunder, dass so die rechtsextreme und rechtspopulistische Saat, die gezielt „soziales Profil“, AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus mixt, aufgeht.

Die Grünen stagnieren bzw. verlieren. In Kärnten gelang es ihnen erst nach Auszählung der Wahlkarten die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und mit viel Bauchweh wieder in den Landtag einzuziehen. Sie zeigen damit einmal mehr, dass sie auch unter der neuen Parteivorsitzenden Eva Glawischnig keine fortschrittliche Alternative darstellen. In allen zentralen sozialen Fragen, die heute in Österreich anstehen (Massenkündigungen, Betriebsschließungen, „Kurzarbeit“, Abholzen des Sozialstaats ...) haben die Grünen arbeitenden Menschen, Arbeitslosen oder Immigrantinnen wenig bis nichts anzubieten.

In Salzburg-Stadt scheiterte die KPÖ – die schon vor Monaten ein Angebot für eine breite linke Kandidatur abgelehnt hatte – trotz Stimmengewinne in den Gemeinderat zu kommen.

Die Frage, die sich die kleine, zersplitterte österreichische Linke in aller Dringlichkeit stellen muss, ist: schauen wir weiter passiv zu, dass die Extreme Rechte mit (Sozial)demagogie absahnen geht? Oder schließen wir uns – zumindest punktuell zusammen –, um der sozialen Unzufriedenheit eine nach vorne gerichtete Stimme zu geben?!

M. E. nach geht es heute vor allem um zwei Dinge: alles daran setzen, dass der 28. März – der vom Weltsozialforum im brasilianischen Belem beschlossene globale Aktionstag gegen die kapitalistische Krise – auch in Österreich erfolgreich über die Bühne geht: konkret, dass möglichst viele zur bundesweiten Demo nach Wien kommen („Wir zahlen nicht für Eure Krise“); und zweitens, dass auf allgemeinpolitischer Ebene bei den Europa-Wahlen am 7. Juni – wo Rot-Schwarz weiter ihren Kniefall vor den Banken und Konzernen praktizieren werden und die Extreme Rechte – international vernetzt – sich als politischer Rattenfänger betätigen wird – eine breite, linke Alternative präsentiert wird.

Hermann Dworczak (Mitinitiator des LINKSPROJEKTS/LINKE) ■

Tschechiens Neonazipartei „Dìlnická Strana“ nicht verfassungswidrig

TSCHECHIEN. Am 4.3.2009 entschied das Oberste Verwaltungsgericht Tschechiens in Brno, dass die neonazistische Arbeiterpartei „Dìlnická Strana“ nicht verfassungswidrig ist. Das Gericht wies den Verbotsantrag der tschechischen Regierung zurück aus Mangel an überzeugenden Beweisen.

Im Verbotsantrag war argumentiert worden, die Arbeiterpartei sei ein „Sammelbecken für Extremisten“ und wolle die „demokratische Gesellschaftsordnung stürzen“.

Noch im Gerichtssaal feierten die etwa 20 anwesenden Neonazis das Urteil und entrollten eine Parteifahne. Ein Sprecher des Gerichts teilte mit, dass Gericht habe sorgfältig den Verbotsantrag geprüft, jedoch habe die Regierung es versäumt, aussagekräftige belastende Gründe für ein Verbot vorzulegen. Währenddessen triumphierten Vertreter der Arbeiterpartei und teilten mit, die DS werde nun gestärkt in die Vorbereitung der anstehenden Wahlen gehen und entschlossen gegen „das Ungeziefer aus der Verwaltung unseres Landes“ vorgehen.

Das Verbotsverfahren gegen die DS hatte erst im Februar begonnen, nachdem auf Antrag des tschechischen Innenministers Ivan Langer die Regierung das Verbot gefordert hatte. Langer hatte dies nach den rassistischen Ausschreitungen im nordböhmischen Litvinov im Oktober und November des vergangenen Jahres gefordert.

Vor den Ausschreitungen hatte die DS in Litvinov mehrere Kundgebungen durchgeführt, während denen zum „Sturm“ auf eine Siedlung aufgerufen wurde, die vorrangig von Sinti und Roma bewohnt wird.

Von Beginn hatten Aktivisten der „Dìlnická Strana“ mehrfach mitgeteilt, dass im Falle eines Verbotes die Partei unter neuem Namen „innerhalb von zwei Wochen“ neuformiert wäre. Nach derzeitigem tschechischen Recht sind Nachfolgestrukturen einer verbotenen Gruppierung nicht verboten.

Die DS verfügt über gute Kontakte zur NPD in Deutschland. Immer wieder kommt es zu gemeinsamen Veranstaltungen. Am Neonazi-Großaufmarsch am 14. Februar 2009 in Dresden nahmen ebenfalls VertreterInnen der DS teil.

http://www.recherche-ost.com
Quelle: indymedia ■

Burschenschafterpreis für Neonazigruppe

WIEN. Die Wiener Burschenschaft Libertas, die unter anderem die (ehemaligen) FPÖ-Politiker Walter Rosenkranz (NÖ) und Hans Achatz (OÖ) zu ihren „Alten Herren" zählt und bereits Ende der 1870er Jahre als erste Verbindung Juden die Aufnahme verwehrte, gibt auf ihrer Homepage die Empfänger des von ihr vergebenen „Carl von Hochenegg-Preises" an. Dieser Förderpreis wird seit 2005 „für herausragende Taten im Sinne des national-freiheitlichen Gedankens" vergeben. Neben der rechten Schülerzeitung Blaue Narzisse (Chemnitz) und ein paar pennalen Korporationen findet sich unter den Preisträgern auch der neonazistische Bund freier Jugend (BFJ). In der Begründung heißt es: „Durch seine von der Bevölkerung stark wahrgenommenen Kundgebungen und Veranstaltungen beanspruchte der BFJ in mutiger Weise ein Feld, das sonst quasi ausschließlich der Linken vorbehalten ist; der BFJ sieht sich für seine volkstreuen Aktivitäten stärkster staatlicher Repression ausgesetzt."

Schon im Oktober 2007 äußerte mit Hans Achatz ein prominentes Mitglied der Libertas öffentliche Vorbehalte gegen die strafrechtliche Verfolgung von Neonazis oder – wie es in diesem Milieu heißt – „Volkstreuen". In seiner Rede am Linzer „Turmkommers" bezeichnete der ehemalige FPÖ-Landesrat die Leugnung oder Verharmlosung des Holocausts als „öffentliche[n] Bekundung abweichender Geschichtsbilder". Es gehe nicht an, „den Glauben an mehr als 60 Jahre zurückliegende Verbrechen vorzuschreiben, indem der daran geäußerte Unglaube unter Strafe gestellt wird". (Die Aula 11/2007, S. 36)

Neues von ganz rechts, www.doew.at ■

Sachsen-NPD nominiert Landtagskandidaten

DRESDEN/SACHSEN. Wie die rechte Internetplattform Altermedia am 5.3. meldet, will die Sachsen-NPD am Sonntag, 8. März ihre Landtagskandidaten nominieren. Der Wiedereinzug in den sächsischen Landtag könnte für die NPD zur Zitterpartie werden, heißt es. Letzten Umfragen zufolge, läge die Partei bei 3 % im Freistaat, eingezogen waren sie im September 2004 mit 9,2 %. Für die Landtagswahl Ende August ist Holger Apfel, der derzeitige Fraktionsvorsitzende der NPD-Landtagsfraktion und stellv. NPD-Parteivorsitzender als Spitzenkandidat vorgeschlagen.

antifa-info@linkspartei-sachsen.de ■ Laut Presseberichten wurde Apfel als Spitzenkandidat auf dem Landesparteitag bestätigt.

Nachruf der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten

Zum Tode von Lore Krüger 1914 – 2009

Mit tiefer Trauer müssen wir den Tod von Lore Krüger, Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR bekannt geben. Sie starb in der Nacht zum 5. März kurz vor Vollendung des 95. Lebensjahrs in Berlin.

Lore Krüger wurde 1914 in Magdeburg geboren. Sie musste bereits 1933 mit ihrer jüdischen Familie aus dem faschistischen Deutschland fliehen. Die Stationen des Exils waren Großbritannien, Spanien und Frankreich, wo sie ihren Mann, den Spanienkämpfer und Kommunisten Ernst Krüger kennen lernte. Gemeinsam flohen sie 1941 in die USA, wo sie gemeinsam mit prominenten deutschen Antifaschisten bis 1946 im Sinne der Bewegung „Freies Deutschland" politisch wirkten. 1946 kehrte sie nach Berlin zurück und arbeitete Jahrzehnte als Übersetzerin in der DDR.

Bis zuletzt war sie eine aktive Antifaschistin. Sie war Mitglied in der VVN-BdA, in der DRAFD (Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung Freies Deutschland) und im Verband der Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik. In zahllosen Gesprächen mit jungen Menschen konnte sie ihre politischen Erfahrungen vermitteln und politische Konsequenzen für heute erklären.

Auch mit der Arbeit der FIR war sie seit vielen Jahrzehnten verbunden, z.B. als Übersetzerin, als Delegierte auf dem XIII. FIR Kongress in Berlin 2004 und als offizielle Vertreterin der Organisation bei Begegnungen, Gedenkveranstaltungen und anderen wichtigen Anlässen in Berlin.

Im Namen der gesamten Organisation möchten wir ihrer Familie, ihren Freunden und Mitstreitern unsere tief empfundene Anteilnahme zum Tode von Lore Krüger übermitteln. Sie bleibt uns unvergessen.

Michel Vanderborght, Präsident (Brüssel),
Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär (Berlin)

Rech kaschiert Untätigkeit gegen Neofaschisten

BADEN-WÜRTTEMBERG. V-Leute abschalten, NPD verbieten, über Faschismus aufklären! Innenminister Rech von der CDU will die NPD nicht verbieten, sondern sie politisch bekämpfen. So heißt es in einer Erklärung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die sich seit 1947 der politischen Bekämpfung von faschistischen Organisationen wie der NPD widmet:

Seit Jahren warten wir vergeblich auf irgendwelche Initiativen der Landesregierung oder der CDU zur Bekämpfung neofaschistischer Organisationen und ihrer Betätigung. Alle diese Erwartungen wurden bisher enttäuscht. Stattdessen wartet gerade die CDU-geführte Landesregierung immer wieder mit dem Gegenteil auf. In den vielen örtlichen Bündnissen gegen Naziaufmärsche glänzt die CDU in der Regel durch Abwesenheit. Wo sie dennoch auftaucht, macht sie regelmäßig zur Bedingung, eben nicht politisch gegen Rassismus und Faschismus Stellung zu nehmen, sondern formal gegen den von ihr erfundenen „Extremismus von rechts wie links" aufzutreten, um so nicht nur gemeinsame Proteste unmöglich zu machen, sondern auch jede inhaltliche Auseinandersetzung mit der menschen- und demokratiefeindlichen Politik und Ideologie der NPD und anderer faschistischer Organisationen zu verhindern.

In ihrem Entwurf zum neuen Versammlungsgesetz erschwert die Landesregierung nicht die Aufmärsche und Aktionen der Nazis, sondern mittels des neu eingeführten sogenannten „Störungsverbots" in erster Linie die Protestaktionen gegen Naziaktivitäten. Statt rassistischen Forderungen der Nazis entgegenzutreten, wurden sie immer wieder von der CDU aufgegriffen, so am gravierendsten bei der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993. CDU- und Regierungschef Oettinger glänzt gelegentlich mit der Verklärung der Nazizeit, wenn er z.B. den Marinerichter Filbinger zu einer Art Widerstandskämpfer umfrisiert oder mit Reminiszenzen an den äußersten rechten Rand, wenn er mal eine Jung-Weikersheimerin zur persönlichen Referentin ernennt.

Insbesondere der zuständige Innenminister Rech widmet sich keinesfalls den vielen Naziaufmärschen im Land, deren Zahl sich in den letzten Jahren vervielfacht hat, sondern lässt gerade derzeit keine Gelegenheit aus, vor den Friedensdemonstranten zu warnen, die sich auf Proteste gegen die Kriegsplanung der NATO im April vorbereiten und ihnen das Demonstrationsrecht weitgehend zu versagen. Zu den angekündigten Nazi-Aufmärschen am 4. April in Baden-Baden und am 1. Mai in Ulm aber schweigt er sich aus.

Wir fordern deshalb weiterhin: Nazis entschieden entgegentreten, V-Leute abschalten, NPD verbieten als ersten Schritt für die Auflösung von allen neofaschistischen und rassistischen Gruppierungen. Das gemeinsame aktive Eintreten gegen Rassismus, Faschismus und Krieg wird uns dieser Innenminister und seine Partei nicht abnehmen.

VVN-BdA Ba-Wü. ■

Brennendes Hakenkreuz an der Kirchtür zu Bergen

NIEDERSACHSEN. Wer erinnert sich nicht: Vor ein paar Jahren feierte die Kameradschaft „Snevern Jungs“ aus Schneverdingen (die immer gern eng mit der „Kameradschaft 73 Celle“ kooperiert) Fasching in Klu-Klux-Klan-Tracht und präsentierte sich so selbst im Internet.

Der US-amerikanische Klu-Klux-Klan brach vor noch nicht allzuferner Zeit immer wieder in seinen weißen Kostümen nachts auf, ein brennendes Kreuz tragend, um Amerikaner mit dunkler Hautfarbe zu foltern und zu morden. Das brennende Kreuz wurde oft zum Mord- und Brandwerkzeug.

Es ist Dienstag 24.2.09 – Fastnacht – ein zusammengezimmertes Hakenkreuz von 1,80 m Höhe lehnt abends brennend in Bergen an der Tür der evangelischen Kirche.

Bergen liegt am größten westeuropäischen Truppenübungsplatz. Und an den Rändern des Truppenübungsplatzes richteten die Nazis ihre Lager ein. Entsprechend ihrer rassistischen Ideologie starben in den drei großen Kriegsgefangenenlagern zigtausende gefangene Soldaten der Roten Armee der Sowjetunion. Und daneben im KZ Bergen-Belsen verloren zigtausende, meist jüdische Menschen ihr Leben, dank der Nazi-Vernichtungspolitik.

Im nahen Dorfmark halten die rassistischen Ludendorffer seit fast 30 Jahren regelmäßig ihre Ostertagungen ab. Vom Baby bis zum Greis saugen sie die Lehre von den sog. „Licht- und Schachtrassen“ der Mathilde Ludendorff auf. Nach dieser angeblich religiösen Lehre, sei das deutsche Volk durch Kommunismus, Freimaurer- und Christentum „entwurzelt, so dass Juda leichtes Spiel“ hat. Die „jüdische Schachtrasse“ schädige über „verjudete christliche Erziehung“ deutsche Kinder. Dagegen müssten die „Lichtrassen“ mit ihrem „Recht des Stärkeren“ vorgehen. Derartige Propaganda hat in Skandinavien bereits zu brennenden Kirchen geführt.

Was von alledem ging den Aufstellern des brennenden Hakenkreuzes in Bergen durch den Kopf?

Was ist das konkrete Ziel dieser wohl vorbereiteten Aktion?

Wer diese Aktion einen „Dummen-Jungen-Streich“ nennt, muss auf dem Rechten Auge blind sein. Verharmlosen und Verschweigen ist wie nichts tun und ist geradezu eine Aufforderung an die Nazis, sich noch frecher, noch breiter zu machen.

Dieses Hakenkreuz-Feuer soll uns einschüchtern. Rassismus und Bedrohung und Verfolgung von Nazi-GegnerInnen drückt diese Aktion aus. Hier muss doch jedem und jeder klar werden: Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen !

Und dagegen müssen wir alle vorgehen, ehe die sog. „national befreite Zonen“ keinen Widerstand mehr möglich machen. Halbherzige staatliche Organe sind fehl am Platz. Hier müssen alle handeln.

H-D Charly Braun
antifa-sfa.tk ■

Gegen SS-Verherrlichung und Geschichtsrevisionismus

SS-Treffen in Lettland verhindern!

Am 16. März planen ehemalige Angehörige von SS-Verbänden und Neofaschisten in Riga (Lettland) einen Aufmarsch zu Ehren der Waffen-SS als „nationale Befreier Lettlands“. Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation von Vereinigungen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Deportierten und Internierten sowie Opfern der faschistischen Verbrechen und Antifaschisten heutiger Generationen aus 25 Ländern Europas und Israel fordert den Präsidenten der Republik Lettland und das Lettische Parlament auf, dieses Treffen mit allen politischen Mitteln zu verhindern. In ihrer Erklärung heißt es:

Wir erinnern daran, dass durch den Internationalen Gerichtshof von Nürnberg 1946 die SS und alle ihre Einheiten – einschließlich der Waffen-SS – als kriminelle Organisation verurteilt wurden, die für zahllose Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich waren.

Dieses Urteil der Gemeinschaft der Völker hat bis heute Gültigkeit. Die jüngste Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstrich dies in einer Resolution am 4. November 2008 und kritisierte alle Versuche der Verherrlichung der faschistischen Bewegung und der früheren Angehörigen der Waffen-SS, einschließlich der Errichtung von Denkmälern zur Glorifizierung dieser verbrecherischen Organisationen als „nationale Befreiungsbewegungen“.

Lettsiche Freiwilligen-Division der Waffen-SS

◗ Wir erinnern daran, dass die Fundamente des neuen Europas die Gemeinsamkeiten der Anti-Hitler-Koalition und der gemeinsame Kampf gegen die faschistische Barbarei sind. In diesem Europa dürfen weder Geschichtsverfälschung noch Verharmlosung von Naziverbrechern und ihrer Organisationen toleriert werden.

◗ Wir fordern von den politisch Verantwortlichen in Lettland, diesem Treiben mit aller politischen Energie entgegenzutreten.

◗ Wir rufen die demokratischen und antifaschistischen Kräfte in Lettland und darüber hinaus auf, in den verschiedenen Formen der Zivilgesellschaft ihren Protest gegen diese geschichtspolitische Provokation in die Öffentlichkeit zu bringen.

◗ Wir appellieren an die Mitgliedsverbände der FIR und die antifaschistische Öffentlichkeit, durch Schreiben an ihre eigenen Regierungen und die Botschaften Lettlands in ihren Ländern gegen den Skandal eines solchen SS-Treffens zu protestieren.

◗ Wir appellieren an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, ihren politischen Einfluss gelten zu machen, dass dieses SS-Treffen nicht zustande kommen kann. Wer einen angemessenen Platz in der Gemeinschaft europäischer Völker haben will, muss sich gegen faschistische Traditionspflege und Neofaschismus engagieren.

Nie wieder ein SS-Europa!

Michel Vanderborght, Präsident
Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär
Brüssel/ Berlin 3. März 2009 ■

Nazidemo am l. Mai verbieten – Der Widerstand weitet sich aus

HANNOVER. Oberbürgermeister Stephan Weil (SPD) sieht der angekündigten Großkundgebung von Neonazis am 1. Mai in Hannover mit großer Sorge entgegen. „Die Stadt würde ein Verbot der Veranstaltung daher begrüßen" sagte der Verwaltungschef am 25.02. der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" (HAZ). Die Behörden rechnen für den Maifeiertag mit mehr als 1000 Rechtsextremen in der Stadt, Polizeipräsident Uwe Binius : „Wir prüfen derzeit alles, von einem Verbot der Demonstration bis hin zu Auflagen. Derzeit führen wir noch die Abstimmungsgespräche mit den Anmeldern der Kundgebung. Voraussichtlich Mitte März werden wir eine Entscheidung bekannt geben."

Die Neonazis haben parallel zu der Demonstration in Hannover auch Protestmärsche in Ulm und in Berlin angemeldet. (Inzwischen auch in Mainz und in Weiden/Oberpfalz. Die Red.)

Eines steht aber bereits jetzt schon fest: Die vom „Bündnis gegen rechts" geplante Umzingelung der Neonazis wird die Polizei nicht gestatten. Die Gegendemonstranten hatten angekündigt, den Treffpunkt der Rechtsextremen am Omnibusbahnhof einzukreisen. Dadurch soll verhindert werden, dass sich der Demonstrationszug der sogenannten Nationalen Sozialisten in Richtung Linden in Bewegung setzt. Die Aktion würde möglicherweise gewalttätige Auseinandersetzungen auf beiden Seiten provozieren, hieß es bei der Polizei.

Schals gegen Rassismus

Um ein symbolisches Zeichen gegen den geplanten NPD-Aufmarsch am l. Mai zu setzen, versammelten sich Hannovers Stadtpolitiker auf Vorschlag der Grünen auf der Freitreppe im Rathaus. Sie trugen Fanschals von Hannover 96 mit der Aufschrift: „96 gegen Rassismus, um sich gegen Rechtsextremismus auszusprechen.

In der Ratsversammlung wurde im Anschluss eine Resolution verabschiedet. Darin heißt es, Hannover sei eine „weltoffene Stadt mit einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft", in der Menschen aus 172 Nationen lebten. Anfeindungen wegen Herkunft, Nationalität Kultur oder sozialer Stellung störten das friedliche Zusammenleben und schadeten dem Wohl der Stadt. Die Resolution ruft alle Bürger dazu auf, sich am 1. Mai an friedlichen Protesten gegen Rechtsextremisten und Neonazis zu beteiligen. Feinde der Demokratie hätten hier keinen Platz. Hannover gehört mit 70 weiteren Städten der „Europäischen Städtekoalition gegen den Rassismus" an.

Stadtteilgruppen werden aktiv

Im Stadtteil Linden, in dem sehr viele ausländische Menschen leben und durch den die Nazis marschieren wollen, haben sich acht Gastronomen an Oberbürgermeister Weil gewandt. Sie fürchten „Eskalationen und Übergriffe" im Stadtteil, sollten die Rechtsextremen, wie derzeit beabsichtigt, durch Linden marschieren. „Wir verstehen nicht, warum es den zuständigen Gremien und Behörden bisher nicht gelungen ist, diese Nazidemonstration zu verbieten", schrieben die Gastronomen.

Das Lindener Aktionsbündnis bereitet Hauswurfsendungen zur Mobilisierung der Gegendemonstration vor. Das alternative Kulturzentrum „Faust" bereitet eine Anzeigenkampagne vor.

Im Stadtteil Vahrenwald-List gibt es die Aktion „Deine Hand gegen Rechts". „Aktiv zu werden und zu handeln, das kommt von Hand." Silvia Klingenburg von der Stadteilgruppe Bündnis 90/Die Grünen hat eine ganz einleuchtende Erklärung für die Aktionsidee „Deine Hand gegen Rechts: „Durch einen bunten Händeabdruck auf einem Transparent kann jeder Farbe bekennen und deutlich machen: Ich bin gegen rechts und will keine Neonazis in meiner Stadt", so Klingenburg. Neben den Grünen beteiligen sich andere Parteien, Initiativen und Kirchen aus dem Stadtteil. „Alle können mitmachen: Vereine, Hausgemeinschaften, Schulklassen oder Einzelpersonen in ihrem Umfeld. Wir helfen gern dabei." Am 29. April sollen die mit bunten Händen bedruckten Transparente zu einer langen Kette auf der Lister Meile zusammengeführt werden. Sie können danach auch am 1. Mai auf der Demonstration für Demokratie gegen Rechts zum Einsatz kommen.

Hannover sei bekannt für seine zahlreichen Versöhnungsschritte mit den Opfern und Verfolgten des Naziregimes. „Die Aktion „Deine Hand gegen Rechts" zeigt erneut: „Unsere Stadt und unser Stadtteil sind keine Heimat für Nazis – weder für alte noch für junge", sagt die Sprecherin der grünen Stadtteilgruppe.

Kirchen, Schulen, Kultur mobilisieren

Ein Vertreter des evangelischen Stadtkirchenverbandes teilte auf dem letzten Bündnistreffen mit, dass die Kirche in Gemeindebriefen ihre Mitglieder auffordert, sich an den Aktionen gegen den Naziaufmarsch zu beteiligen.

Über den Stadtschülerrat sollen die Schulen über die Planungen informiert werden und zur Mobilisierung aufgerufen werden.

Die Organisatoren einer stadtweiten Musikveranstaltung im Sommer 2008 werben für Mitwirkung an einem Musikprogramm am 1. Mai.

Nazis sind sicher, marschieren zu dürfen

Die Anmelder der Nazidemonstration auf ihrer Internetseite: *„Ja, ist denn schon wieder Weihnachten? Oberbürgermeister Stephan Weil ist besorgt. Da wird in ‚seiner' Stadt so mir nichts dir nichts eine 1. Mai-Demonstration angemeldet und das auch noch von Andersdenkenden. Was liegt da näher als ein Verbot zu fordern?*

... Die antidemokratischen Kräfte von SED bis CDU, versuchen ihr eigenes Versagen zu kaschieren, welches sich in der größten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg gerade heute deutlich zeigt. Da wird mit Fußballschals posiert und der DGB möchte diesen 1. Mai seinen ‚Schwerpunkt antifaschistisch'gestalten, üblicher Kinderkram in einer Krise. In Hannover und ganz Deutschland müssen die Menschen um ihre Arbeitsplätze bangen, sind bereits arbeitslos oder müssen unter dem Tarif schuften, während sich die Interessenvertreter des Kapitals auf dem Rücken des Volkes ausruhen, deutsche Grundrechte weiter unterhöhlen und den Begriff Demokratie für ihre volksfeindlichen Machenschaften missbrauchen und verdrehen.

Wir jedenfalls werden am 1. Mai auf die Straße gehen und den Hannoveranern und allen Deutschen zeigen, dass wir sie nicht im Stich lassen. Während andere für ihre schäbigen Ziele Staatsgelder verschleudern, werden wir den Menschen zeigen, dass es noch Deutsche gibt die gegen Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur auf die Straße gehen.

Einem möglichen Verbot unserer Demonstration sieht unser Veranstalter gelassen entgegen. ‚Wir sind auf alles vorbereitet', heißt es. Spätestens die Gerichte würden Polizei und Stadt in ihre Schranken weisen." *bee* ■

Quelle: Verschiedene Artikel Hannoversche Allgemeine Zeitung, Bündnis gegen Rechts

Thüringer Bündnis ruft zu Protesten gegen den NPD-Bundesparteitag auf

ERFURT, 4. März 2009: „Alles muss man selber machen“, kommentiert Ulli Klein, Sprecherin der „Antifaschistischen Koordination Erfurt“ [ake], die Vorgänge um den möglichen NPD-Bundesparteitag in Erfurt Ende März 2009. „Leider können wir uns nicht darauf verlassen, dass die Absage der Stadt Erfurt an die Neonazis juristisch Bestand haben wird. Wir rufen daher zu Protest und Widerstand auf. Egal ob der Parteitag in Erfurt oder an einem anderen Ort stattfinden wird“, sagte Klein.

Die NPD will in den nächsten Wochen ihren Bundesparteitag abhalten. Ein möglicher Ort dafür ist Erfurt. Die Stadt hatte den Eingang einer Nutzungsanfrage der NPD für die Erfurter „Thüringenhalle“ für den 28. und 29. März 2009 bestätigt. Auch Berlin und Gera sind in den letzten Tagen als mögliche Orte für den Parteitag Anfang April genannt worden.

Mittlerweile hat sich in Thüringen ein Bündnis gegründet, um den Protest gegen die Neonazis vorzubereiten. Gewerkschaften, antifaschistische Gruppen, Parteien sowie Vereine und Einzelpersonen aus ganz Thüringen und mehreren Bundesländern haben den Aufruf „Alles muss man selber machen. NPD-Bundesparteitag verhindern!“ unterzeichnet. Unter den mehr als 50 Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichnern sind auch die Thüringer Parteivorsitzenden Astrid Rothe-Beinlich und Frank Augsten (Bündnis 90/Die Grünen), Christoph Matschie (SPD) und Knut Korschewsky (DIE LINKE.) sowie der Thüringer DGB-Vorsitzende Steffen Lemme.

Ulli Klein sagte: „Es wäre ein Skandal erster Güte, wenn die Neonazis der NPD mitten in Erfurt tagen können – und das in Räumen der Stadt Erfurt!“ Klein weiter: „Sollte die NPD nach Erfurt kommen, werden wir unter anderem mit massenhaften Blockaden ein deutliches Stopp-Zeichen setzen. Die Choreographie unserer Aktionen wird gegenseitig die unterschiedlichen politischen Strömungen und die Vielfalt der Aktionsformen respektieren, mit denen wir gemeinsam der menschenverachtenden Ideologie und der mörderischen Praxis des Neofaschismus entgegengetreten. Wir rufen dazu auf, dass viele Menschen unterschiedlicher sozialer und politischer Herkunft zu einer gemeinsamen Aktion zivilen Ungehorsams zusammenfinden!“

Eine Liste aller Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sowie den Aufruf und weitere Informationen gibt es unter *www.nazis-stoppen.net*

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner des Aufrufs (Stand 04.03.2009): Frank Augsten (Bündnis 90/Die Grünen Thüringen), Evrim Baba, (Mitglied des Abgeordnetenhauses, Die Linke Berlin), Sabin Berninger (MdL DIE LINKE Thüringen), Gerd Brücker (IG Metall Frankfurt), Lars Buchholz (IG Metall Berlin), Wolfgang Denecke (DIE LINKE, Leipzig), Michael Ebenau (IG Metall Gera, IG Metall Jena-Saalfeld), Roland Hahnemann (MdL DIE LINKE Thüringen), Richard Häsler (Bundessprecher VVN-BdA, Weimar), Susanne Hennig (MdL DIE LINKE Thüringen), Otto Herz (Stiftung CIVIL-COURAGE Leipzig), Milan Horácek (MdEP, Bündnis 90/Die Grünen), Gisela Kallenbach (MdEP, Bündnis 90/Die Grünen), Frank Kimmerle (Erich-Zeigner-Haus e.V., Leipzig), Knut Korschewsky (Vorsitzender DIE LINKE Thüringen), Rudolf Krause (IG Metall Erfurt), Jochen Krempel (IG Metall Suhl-Sonneberg), Michael Landmann (VVN-BdA, Berlin), Uwe Laubach (IG Metall Eisenach, IG Metall Suhl-Sonneberg), Wolfgang Lemb (IG Metall Gera, IG Metall Jena-Saalfeld), Steffen Lemme (Vorsitzender DGB Thüringen), Hanjo Lucassen (DGB Sachsen), Christoph Matschie (Vorsitzender SPD Thüringen), Edda Möller (Leipzig. Courage zeigen. e.V.), Astrid Rothe-Beinlich (Landessprecherin Bündnis 90/Die Grünen Thüringen), Gerd Schacke (DGB-Kreis Weimar), Astrid Schwarz-Zaplinski (IG Metall Nordhausen), Frank Spieth (MdB, DIE LINKE Thüringen), Thomas Steinhäuser (IG Metall Erfurt / Nordhausen), Antifaschistische Koordination Erfurt, Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimar, DGB-Jugend Erfurt, DGB-Jugend Thüringen, DIE LINKE Erfurt, IG Metall-Jugend Berlin, IG Metall-Jugend Brandenburg, IG Metall-Jugend Hessen, IG Metall-Jugend Rheinland-Pfalz, IG Metall-Jugend Saarland, IG Metall-Jugend Sachsen, IG Metall-Jugend Thüringen, Jenaer Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, Jugendbüro RedRoXX (Erfurt), Jusos Thüringen, Jusos Weimar, Landesjugendwerk der AWO Thüringen, mensch-braucht-toleranz e.V., Naturfreundejugend Erfurt, Naturfreundejugend Thüringen, Netzwerk für Demokratie und Courage Thüringen, Offene Arbeit des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt, SJD - Die Falken (Erfurt), VVN-BdA Berlin

Antifaschistische Koordination Erfurt
[ake] Email: ake@riseup.net
www.antifa-koordination-erfurt.org ■

Neonazi-Demonstration am 1. Mai 2009 in Weiden/ Oberpfalz

Laut Informationen des a.i.d.a-Archivs München sowie der rechtsextremen Homepages www.freies-netz-sued.net sowie www.widerstand-cham.de findet am 1. Mai 2009 in Weiden/Oberpfalz eine Neonazi-Demonstration statt. Das Motto lautet „Massenarbeitslosigkeit überwinden - Kapitalismus zerschlagen - Nationaler Sozialismus jetzt!“. Anmelder ist Robin Siener aus Cham. Veranstalter ist das Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“, an dessen Aufbau unter anderem Matthias Fischer aus Fürth, Norman Kempken aus Nürnberg und Lutz Passon aus Ebermannstadt/Landkreis Forchheim seit deren Austritt aus der NPD in den letzten Monaten mitwirkten. Es bleibt juristisch zu klären, inwiefern es sich beim „Freien Netz Süd“ um eine Neuauflage der 2004 vom Innenministerium verbotenen Fränkischen Aktionsfront (FAF) handelt.

Treffpunkt der Nazis ist um 11.30 Uhr am Bahnhof Weiden.

Das wäre dann nach Hannover, Ulm und Berlin die vierte bisher bekannte 1. Mai-Demo von Rechtsradikalen in Deutschland. ■

Offenbar auch Aufmarsch in Mainz am 1. Mai

Neonazis haben für den 1. Mai einen Aufmarsch in Mainz angekündigt. In neonazistischen Internet-Foren und auf der Seite der so genannten „Kameradschaft Nordpfalz“ wird für eine Demonstration unter dem Motto: „Sozial geht nur National“ geworben. Dieses Motto nutzt die NS-Szene seit Jahren für ihre Mai-Mobilisierungen. Der AK Antifa hat für den Fall des Aufmarschs Gegenaktionen angekündigt.

Hinter der Anmeldung steht vermutlich die so genannte „Initiative Südwest“, unter deren Namen schon Aufmärsche in Alzey sowie in Saulheim und Wörrstadt angemeldet wurden. Die Gruppe steht in engem Kontakt zur Szene um den führenden NS-Kader in der Region Mainz/Wiesbaden Mario Matthes. So verwundert es auch nicht, dass neben den NPD-Kreisverbänden Naheland und Alzey-Worms auch die von Matthes gegründeten „Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen“ als Unterstützer unter dem Aufruf stehen.

Offenbar will man in der Region darauf verzichten, zum geplanten Großaufmarsch nach Hannover zu mobilisieren: „Der Aufmarsch in Hannover sollte ein Highlight für die bundesweite NS-Szene werden. Das scheint die lokalen Nazis nicht zu interessieren.“ so der Sprecher des AK Antifa Christian Struck.

AK Antifa Mainz ■

Am kommenden Wochenende in Arras:

Front National versammelt europäische Rechtsextreme um sich – „zu Hause“ steckt er in der Krise

Die französische extreme Rechte ist nunmehr hochgradig zersplittert. Und Jean-Marie Le Pen muss sich u.a. Vorwürfe der „Islamfreundlichkeit“ anhören. Zuvor hatte er sich allerdings auch positiv auf das iranische Regime bezogen...

Am Wochenende des 14. und 15. März 2009 wird der Front National (FN) in der nordfranzösischen Stadt Arras seinen diesjährigen Europaparlamentswahlkampf eröffnen. Rund 1.000 Parteifunktionäre und Aktivisten (laut offiziellen Angaben), quasi den gesamten Apparat der zur Zeit in einer tiefen Krise steckenden Partei, will die FN-Führung dorthin zusammenziehen. Neben den eigenen Mitgliedern des FN versammeln sich dort aber auch Vertreter des belgisch-flämischen Separatisten- und Rassistenblocks Vlaams Belang (VB, „Flämisches Interesse“), der ebenso rassistischen norditalienischen Regionalpartei Lega Nord, aber auch der spanischen Neo-Franco-Anhänger der „Nationalen Rechten“ (DN). Und – nicht zuletzt, laut Informationen der Kritiker/innen – angeblich auch der deutschen NPD. Gegen diese Zusammenkunft der „Eurofaschisten“ mobilisiert inzwischen ein regionales antifaschistisches Bündnis, das u.a. auch die Gliederungen der französischen Gewerkschaftsvereinigungen CGT, Union syndicale Solidaires (linke Basisgewerkschaften vom Typus SUD) und FSU (wichtigste Bildungsgewerkschaft) umfasst.

Die übergreifende Themenstellung beim „Europäischen Konvent“ des FN, die im Kasino der nordfranzösischen Stadt stattfinden wird, lautet „die Rückkehr der Nationen“. Selbige verkauft die französische rechtsextreme Partei derzeit als Patentrezept gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise; man verspricht sich von dieser reaktionären Utopie lt. der Partei „Sicherheit“ vor der Krise hinter angeblich schützenden nationalen Grenzen (so wie zwischen 1929 und 1931, möchte man hinzufügen...). Und so forderte ihr langjähriger Chef Le Pen am 27. Februar 09 die Rückkehr zum französischen Franc durch die „organisierte und konzertierte Aufgabe der Euro-Währung“ durch ihre derzeit 16 Mitgliedsländer. Allerdings nicht zum alten Wechselkurs bei Einführung des Euro als Zahlungsmittel am 1. Januar 2002 – damals gab es einen Euro für circa 6,55 Francs –, sondern, so fordert es Jean-Marie Le Pen, zu einem Umtauschkurs von nunmehr Eins zu Eins bei Wiedereinführung der Nationalwährung.

Auf dem „Konvent“ in Arras soll die allgemeine Themenstellung in Foren zu folgenden Themen durchdekliniert werden: „Werte moralische Dekadenz“, „Finanzkrise und Euro-Globalismus“ sowie – auch dieser Dauerbrenner darf beim FN selbstverständlich nicht fehlen – „Immigration und Sicherheit“. Spät, aber durch ein sichtbares Ereignis möchte der FN durch das Ereignis seinen Wahlkampfauftakt markieren.

Von den Europaparlamentswahlen am 7. Juni dieses Jahres verspricht sich der FN, so Le Pen (Ende Januar in Marseille) „angesichts der Auswirkungen der Wirtschaftskrise“ und Marine Le Pen (Ende Februar), „mindestens 10 Prozent der Stimmen“. Das wäre ein etwas höheres Ergebnis als bei den letzten Europaparlamentswahlen im Juni 2004, obwohl deutlich weniger als die höchsten Wahlergebnisse des FN in den 1990er Jahren.

Allein, es sieht nicht wirklich danach aus. In den Umfragen werden dem FN derzeit 6 Prozent diagnostiziert (im Dezember 08 waren es noch sieben Prozent gewesen). Weitere sieben Prozent entfallen laut den momentanen Vorwahlumfragen auf nichtfaschistische Listen der „EU-skeptischen“ oder mehr o. minder EU-feindlichen Rechten: 5 Prozent auf die Liste ‚Libertas‘ des Nationalkonservativen Philippe de Villiers – der aber bei den EP-Wahlen von 1994 und 1999 auch schon an Listen beteiligt war, die damals 12 % respektive 13 % der Stimmen erhielten –, und zwei Prozent auf jene des bürgerlichen, postgaullistischen Nationalisten Nicolas Dupont-Aignan.

„Dissidenten“fraktionen: Wahlmäßig noch ziemlich schwach – aber ein wichtiger Aderlass für das Kaderpotenzial des FN

Die rechtsextremen „Dissidenten“listen können derzeit im Durchschnitt nur 0,5 Prozent der Wahlabsichten auf sich ziehen. Dadurch landen sie tendenziell „unter ferner liefen“ (zumal es erst ab einem Stimmenanteil von drei Prozent ein Anrecht auf Rückerstattung der Wahlkampfkosten gibt). Allerdings scheint das Wichtigste aus Sicht der rechtsextremen „Dissidenten“listen, deren Präsenz dem FN nun in fünf von sieben (respektive acht) „Super“wahlkreisen zur EP-Wahl droht, auch nicht in ihrer momentanen Stimmenzahl zu liegen. Vielmehr ist ihr Augenmerk vor allem darauf gerichtet, die Aktiven und Kader der extremen Rechten außerhalb der Parteistrukturen des derzeitigen FN – unter einem eigenen Dach – zu sammeln und sich für „die Zeit nach Jean-Marie Le Pen“ vorzubereiten. (*Anmerkung:* Bei den EP-Wahlen wird Frankreich in acht, mehrere Regionen umfassende „Superwahlkreise“, davon sieben auf dem europäischen Festland und ein achter in den „Überseegebieten“, eingeteilt.)

Der alternde FN-Chef, der im Juni dieses Jahres 81 wird und „seine“ Partei seit ihrer Gründung im Oktober 1972 ununterbrochen anführt, hatte im September 2008 seinen Rückzug aus der aktiven Politik für das (über)nächste Jahr angekündigt. Jedoch kann er offenkundig noch immer nicht davon ablassen, sich selbst als mehr oder minder unentbehrlich zu betrachten. So hat er nunmehr jüngst nicht nur die Spitzenkandidatur für den „Super“wahlkreis Südost (Raum Lyon, Raum Marseille, Korsika) bei den EP-Wahlen, sondern auch gleich noch die Spitzenkandidatur in Marseille für die Regionalparlamentswahlen im Frühjahr 2010 übernommen. Und in einem Interview, das am 15. Februar 09 in der Sonntagszeitung ‚Le Parisien Dimanche‘ publiziert wurde, kündigte er auch an, er werde nicht mehr bei der Präsidentschaftswahl 2012 (als dann 83-Jähriger) antreten – „es sei denn, dass außerordentliche Umstände es erfordern“. Und dies betont er in einer Weise, dass Allen klar werden muss, dass er auch mit diesem Gedanken noch spielt. Betont er doch in dem Interview auch, in Frankreich habe man auch früher schon die Figur des alternden, staatsmännischen „Chefs“ zu schätzen gewusst – Le Pen wörtlich: „von George Clemenceau und Charles de Gaulle bis zum Marschall Pétain“. Diese Präsidenten oder Staatschefs waren alle bei Amtsantritt, oder jedenfalls am Schluss ihrer Amtszeit, in sehr hohem Alter. Aber: was für Referenzen...!

Abspaltungen: Vom MNR (1999) bis zum ‚Parti de la France‘ (2009)

Aus Sicht vieler Ideologen und Aktivisten blockiert Jean-Marie Le Pen die Zukunft seiner „nationalen Bewegung“ inzwischen, und ist ihr gar „zum Klotz am Bein“ geworden. (Letzterer Ausdruck stammt von Jean-Yves Le Gallou, der den FN im Winter 1998/99 bei der damaligen Abspaltung unter Bruno Mégret verließ und inzwischen die Denkfabrik „Stiftung Polemia“ leitet.) Diese Tatsache, zu der noch jene hinzukommt, dass der langjährige Parteichef – wenn er denn wirklich einmal für seine Nachfolge den Weg freimachen muss – offenkundig seiner jüngsten Tochter Marine Le Pen den Spitzenplatz zuschanzen möchte, sorgt mittlerweile für viel böses Blut. Deshalb häufen sich, gegen den Starrsinn des alternden Chefs und vor allem gegen die „ideologische und programmatische Aufweichung“ – verkörpert durch die „Modernisiererin“ Marine Le Pen –, die Ab- und Austritte. Ein halbes Dutzend Abspaltungen vom FN existieren inzwischen: der MNR („Nationale und Republikanische Bewegung“) seit der Mégret-Spaltung von 1999; die NDP („Neue Rechte der kleinen Leute“) unter Robert Spieler, die am 1. Juni 2008 gegründet wurde; die

NDR („Neue Republikanische Rechte“, eine Abspaltung von der Vorgenannten) seit September 2008. Alle haben ein eigenes ideologisches oder politisches Profil. Die Vereinigung „Egalité & Réconciliation“ (Gleichheit und Aussöhnung) unter dem „Rot-Braunen“ Alain Soral existierte zwar von Anfang an – seit 2 bis 3 Jahren – als eigener Zirkel außerhalb des FN. Doch ihr Anführer Alain Soral, der bis vor kurzem noch dem Zentralkomitee als dritthöchstem Führungsgremium des FN angehörte, hat die Partei am 2. Februar 2009 verlassen, so dass der Zirkel sich fast vollständig vom FN ablösen dürfte.

Als allerletztes Spaltprodukt ist nun die, am 23. Februar 2009 anlässlich einer Pressekonferenz in einem Pariser Hotel der gehobenen Klasse offiziell gegründete, Splitterpartei von Carl Lang hinzugekommen. Sie hört auf den ziemlich hochtrabenden Namen ‚Parti de la France’ (ohne Abkürzung, männlicher Eigenname) das bedeutet wörtlich „die Partei Frankreichs“. Ursprünglich scheint Carl Lang allerdings die Absicht gehegt zu haben, seine Neugründung auf den Namen ‚Renouveau national’ (nationale Erneuerung) zu taufen. Diese Stichworte hatte ein Mitarbeiter Carl Langs allerdings in einem E-Mail an dessen frühere „Parteifreundin“ Marine Le Pen – dem Vernehmen nach – derart häufig verwendet, dass Letztere hellhörig wurde. Blitzartig kalkulierend, hatte Marine Le Pen daraufhin ein Patent auf den (potenziellen, von ihr vermuteten) neuen Titel angemeldet. Dieser konnte somit nicht mehr als Parteiname benutzt werden und entfiel. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Fortsetzung in der komemnden Ausgabe: Zum ‚Parti de la France’ von Carl Lang, zum Ideologiestreit um Iran und Islam...

NDP und ‚Parti de la France’ in Köln erwartet

Am 9. Mai 2009 möchte die rassistische Regionalpartei „Pro Köln“ ihren „Anti-Islamisierungs-Kongress“ wiederholen – nachdem sie mit ihrem ersten Anlauf am 20. September 08 kläglich gescheitert war. Dazu erwartet die, laut eigener Wortwahl „rechtspopulistische“ Regionalpartei auch wieder Besuch aus Frankreich.

Im September des Vorjahres hatte sie eher unangenehme Erfahrungen mit Jean-Marie Le Pen machen müssen: Er hatte nicht nur abgesagt, sondern noch dazu – fünf Tage vor dem Termin der Veranstaltung von Pro Köln – ihre Organisatoren in der Kölner Regionalpresse öffentlich blamiert. Denn Letztere hatten ihn als Stargast angekündigt, während Le Pen davon (tatsächlich oder angeblich) keine Kenntnis hatte. Der sehr reale Alterstarrsinn des 80-, demnächst 81-jährigen FN-Gründervaters und -„Präsidenten“ dürfte die Dinge dabei, aus Sicht der Kölner Veranstalter, nicht erleichtert haben.

Dieses Mal könnten sie, aus ihrer Sicht, eine „bessere“ Wahl getroffen haben. Doch freilich sind die neuen Gäste bei weitem nicht so prominent, und grenzüberschreitend bekannt, wie „der Alte“.

In einer Presseaussendung aus der ersten Märzwoche 2009 kündigte Pro Köln an, dass sowohl Aktivisten der „Wählerinitiative des EU-Abgeordneten Carl Lang“ (also, sprich, des frisch gegründeten so genannten ‚Parti de la France‘) als auch „der NDP von Robert Spieler“ an dem Ereignis teilnehmen würden. Zu ihm würden nunmehr „Hunderte von Franzosen“ in der „Kölner Innenstadt“ erwartet. (Ja, wenn die Sache denn überhaupt in der Innenstadt der Rheinmetropole stattfinden kann...) So heißt es in der E-Mail-Aussendung, um mit den grobspurigen Worten fortzufahren: „Es lebe die deutsch-französische Freundschaft!“

Im Augenblick tun sich da freilich nur Splittergruppen dies- und jenseits des Rheins zusammen. Weil sie es erst noch nötig haben, einen gewissen Bekanntheitsgrad zu erringen, dürften sich „die Franzosen“ von den FN-Spaltprodukten sicherlich als reisefreudiger erweisen, im Vergleich zum alternden „Chef“ Jean-Marie Le Pen. Doch der Versuchung, durch Reisekadertätigkeit fehlende reale Bedeutung und Verankerung zu ersetzen, sollten sie vielleicht doch lieber nicht erliegen... *bhs* ■

Der Papst und die Pius-brüder: Alles kein Zufall

Von Anbeginn gehört der Anti-Judaismus zur christlichen Tradition

Zu Recht ist der Papst unter politischen Druck geraten: Er wusste, wen er sich da mit der Pius-Bruderschaft zurück in die Kirche holte. Hatte er doch selbst als Leiter der Kongregation für Glaubensfragen im Jahre 1988 den Ausschluss dieser reaktionären Priestergruppe aus der katholischen Kirche vollzogen. Und er wusste, dass er damit zugleich den Anti-Judaismus in die Kirche zurückbrachte – als innerhalb der katholischen Kirche mögliche theologische Auffassung. Denn die Pius-Brüder lehnen alle Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils als „Cloaca Maxima“, als „allergrößten Scheiß“ ab. Und dazu gehört die Anerkennung der Menschen jüdischen Glaubens.

Anti-Judaismus ist keine der theologischen Positionen innerhalb der christlichen Tradition, die zeitgebunden kamen und wieder verschwanden. Seit den Schriften des Neuen Testamentes bestimmt der Anti-Judaismus durchgängig die christliche Argumentation. Er verband sich in späteren Jahrhunderten mit rassistischen Begründungen, verselbständigte sich, um als Antisemitismus in- und außerhalb der Kirchen sein scheußliches Unwesen zu treiben.

„Alleinstellungsmerkmal“ der Christen

Dabei war das religionsgeschichtliche „Alleinstellungsmerkmal“ des Christentums, das im religiösen Konkurrenzkampf des kaiserlichen Imperium Romanum viele aufhorchen ließ, eine völlig andere Botschaft. In seinem Brief an die Galater beschreibt sie Paulus (3,26): „Denn ihr seid alle Gottes Kinder durch den Glauben an Christus Jesus. … Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Sklave noch Freier, hier ist kein Mann noch Frau; denn ihr seid allzumal einer in Christo Jesu.“

Die große Attraktivität des Christentums bestand darin, dass es in einer Welt nahezu undurchlässiger Stände und Klassen, in denen die Mensch unter den römischen Kaisern leben mussten, eine Gleichheit verkündete, die all diese Grenzen aufhob. Frauen konnten wichtige Ämter in der Gemeinde inne haben. Juden und Christen lebten und beteten zusammen. Und Sklaven, die nach römischen wie jüdischem Recht nicht Menschen, sondern eine Sache waren, wurden in der Gemeinschaft der Getauften als gleichwertige Schwestern und Brüder aufgenommen.

Nur, dass das Christentum im Laufe seiner Entwicklung hin zur staatstragenden Macht diesen hohen emanzipatorischen Anspruch fast immer nur in Nischen und Ausnahmesituationen verwirklicht hat. Bereits Paulus, und später zu allen Zeiten in Berufung auf ihn, als den Gründer des Welt-Christentums, haben Kirchenväter, wenn es konkret werden sollte, sehr schnell ihre eigene Grundauffassung „vergessen“: Sie passten sich den Anschauungen ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Umgebung an. Fast jeder kennt die Weisung: „Lasset eure Weiber schweigen in der Gemeinde!“ (1. Korintherbrief 14,43) oder die für Sklaven so entscheidende Aussage: „Jeder bleibe in dem Stande, in

den der Herr ihn berufen hat“ (1. Korintherbrief 7, 20) und erfülle gerade damit die „Nachfolge Christi“. So 1. Petrusbrief 2: „Ihr Sklaven, seid untertan mit aller Furcht den Herren, nicht allein den gütigen und gelinden, sondern auch den wunderlichen.“ Ein christlicher Sklave ist eben ein guter Sklave!

Abgrenzung zum Judentum

Die missionarisch tätigen frühen Christen hatten das Problem, sich vom Judentum abgrenzen zu müssen. Denn eines war ja ganz unbestreitbar: Jesus selbst war Jude. Er argumentierte und agitierte voll auf der Linie der alten jüdischen Propheten und der Mosaischen Gesetzesvorschriften. Er ließ sich als Rabbi ansprechen, ging in die Synagogen und feierte das jüdische Passahfest. Jahwe, den Gott des Alten Testaments, den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, rief Jesus an als seinen „Vater“. Auch er erwartete den in den alten Schriften angekündigten Messias.

Bei genauerem Hinsehen war in der Botschaft dieses Jesus gegenüber seinen vielen Vorgängern kaum etwas Neues zu finden: Auch die angeblich christlich- einzigartige Forderung „Liebet eure Feinde!“ hatte er nicht erfunden. Religionsgeschichtlich betrachtet waren die frühen Christen um das Jahr 33 herum nichts anderes als eine weitere jüdische Sekte. Nur eines behaupteten diese ersten Christen, nachdem ihr Jesus hingerichtet worden war, steif und fest: Dieser Jesus ist der wahre Messias; in ihm haben sich alle Prophezeiungen des Judentums erfüllt – und ihr, die Juden, die alles hätten wissen können, dass er der versprochene Heilsbringer ist, ihr habt ihn getötet! Dabei hatten nicht „die Juden“ Jesus getötet, sondern die Soldaten der Besatzungsarmee nach seiner Verurteilung durch Pontius Pilatus, den römischen Statthalter. Das besonders feinsinnig und spirituell geschriebene Evangelium nach Johannes – Papst Ratzinger nennt es sein Lieblingsevangelium – drückt diesen Vorwurf um das Jahr 100 in schärfster Form aus: „Ich weiß wohl, dass ihr Abrahams Samen seid; aber ihr sucht mich zu töten, denn meine Rede fängt nicht bei euch. Ich rede, was ich von meinem Vater gesehen habe; so tut ihr, was ihr von eurem Vater gesehen habt. … Warum kennet ihr denn meine Sprache nicht? Denn ihr könnt ja mein Wort nicht hören. Ihr seid von dem Vater, dem Teufel, und nach eures Vaters Lust wollt ihr tun. Der ist ein Mörder von Anfang und ist nicht bestanden in der Wahrheit; denn die Wahrheit ist nicht in ihm. Wenn er die Lüge redet, so redet er von seinem Eigenen; denn er ist ein Lügner und ein Vater derselben. Ich aber, weil ich die Wahrheit sage, so glaubet ihr mir nicht.“ (8,37ff)

Die Kirche ist das wahre Israel

Dennoch gingen sich jüdische und christliche Gemeinden in den ersten drei Jahrhunderten ganz und gar nicht aus dem Weg. Im gesamten römischen Reichsgebiet umwarben beide Gemeinschaften die gleiche soziale Zielgruppe: Frauen, gesellschaftlich zu kurz gekommene Menschen, Sklaven und Freigelassene. Beide hatten Erfolg. Überall, wo die christlichen Missionare hinkamen, vor allem in den großen Städten, trafen sie auf jüdische Gemeinden, die längst vor ihnen gegründet worden waren. Sie agitierten besonders offensiv das Umfeld der Synagogen. Konnten sie doch hier an die bekannte und gemeinsame Tradition von Abraham, Mose und die Propheten anknüpfen.

Und sie konnten bei ihren Abwerbeversuchen die Juden verächtlich machen, weil diese die Einhaltung der alten Speisevorschriften und die Beschneidung als Bedingung für die Mitgliedschaft forderten. Wenn zwei monotheistische Religionen aufeinander treffen, kommt es zum Konflikt.

Der Alleingeltungsanspruch der Christen verschärfte die Judenfeindschaft. Jahwe, der jüdische Gott, ist ein „eifersüchtiger“ Gott (5.Mose 5,7), Neben ihm gibt es keine anderen Götter. Die Christen, im Selbstbewusstsein, das neue Volk Gottes zu sein, mit dem Gott den Neuen Bund (Neues Testament) geschlossen hat, reklamierten alle alttestamentlichen Aussagen für sich. Sie enteigneten gleichsam die Juden ihrer Texte, ihrer Verheißungen, ihrer Heilsgeschichte. Die Kirche ist das wahre Israel. Eigentlich dürfte es sie, die Juden, wo doch der Messias gekommen ist, gar nicht mehr geben! Für die störrischen Juden bleibt nur Fluch, Gericht und Verwerfung.

Als Beleg für ihre Behauptung, die Juden seien von Gott verstoßen, weil sie Jesus als Messias nicht angenommen hatten, diente den Christen die Zerstörung des Tempels in Jerusalems durch die Römer im Jahre 70. Seitdem seien die Juden dazu verurteilt, heimatlos, unstet und flüchtig zu leben, als die unfreiwilligen Zeugen des Zorns Gottes. Die Christen betätigten sich dabei gern als Gerichtsvollzieher Gottes.

Die Erziehung zur Verachtung der Juden zeigte Wirkung: Die Kreuzzüge, die das Heilige Land und Jerusalem den „Ungläubigen“, den Moslems, entreißen sollten, begannen mit Massakern an den jüdischen Gemeinden in Deutschland. Bereits in der Heimat konnten Gottes Feinde so bekämpft werden.

Hinzu trat ein magisches Verständnis des Abendmahls: Den Juden wurde der Vorwurf der Hostienschändung gemacht. Sie würden den real in der Heiligen Messe vollzogenen Opfertod Jesu verhöhnen. Nicht zufällig daher das Beschlusspaket des Vierten Laterankonzils 1215. Es stellte das Dogma der realen Verwandlung von Brot und Wein zu Leib und Blut Christi in der Messe auf, verpflichtete Juden dazu, sich an ihrer Kleidung als Juden zu kennzeichnen, und führte die Inquisition ein.

Lasset uns beten für die treulosen Juden

„Lasset uns auch beten für die treulosen Juden: Gott, unser Herr, möge den Schleier von ihren Herzen wegnehmen, auf dass auch sie unseren Herrn Jesus Christus erkennen. Allmächtiger ewiger Gott, du schließest sogar sie von deiner Erbarmung nicht aus; erhöre unsere Gebete, die wir ob der Verblendung jenes Volkes vor dich bringen: Möchten sie das Licht deiner Wahrheit, welches Christus ist, erkennen und ihrer Finsternis entrissen werden.“

Diese Fassung des Gebets in der Karfreitagsmesse war im Missale Romanum, dem offiziellen liturgischen Handbuch enthalten, das 1570 durch Papst Pius V. herausgegeben wurde. Die Gemeinde wurde darin ausdrücklich aufgefordert, bei dieser Fürbitte nicht nieder zu knien, „um nicht das Andenken an die Schmach zu erneuern, mit der die Juden um diese Stunde den Heiland durch Kniebeugen verhöhnten.“

Am 18. März 1959 verfügte Papst Johannes XXIII., dass künftig die Wörter „die treulosen Juden“ zu entfallen haben. Ab 1960 wurde diese Änderung in der gesamten römisch-katholischen Kirche wirksam.

Mit dem Dokument „Nostra aetate“ vom 28. Oktober 1965 leitet das Zweite Vatikanische Konzil (1962 bis 1965) einen Neuanfang im christlich-jüdischen Verhältnis ein: „… Da also das Christen und Juden gemeinsame geistliche Erbe so reich ist, will die Heilige Synode die gegenseitige Kenntnis und Achtung fördern, die vor allem die Frucht biblischer und theologischer Studien sowie des brüderlichen Gespräches ist. Im Bewusstsein des Erbes, das sie mit den Juden gemeinsam hat, beklagt die Kirche … alle Hassausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgendjemandem gegen die Juden gerichtet haben.“

Es war im vorigen Jahr Ratzinger, der als Papst die lateinische Messe von 1570 wieder erlaubte. Zwar bereinigt von der Formulierung von den „treulosen Juden“. Wieder aber wurde der Bekehrungsanspruch gegenüber den Juden hineinformuliert: „Lasset uns auch beten für die Juden. Dass unser Gott und Herr ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus erkennen …“

Alles also kein Zufall. Und der Heilige Vater ist nicht, wie es manche Bischöfe es meinten höflich formulieren zu müssen, „falsch beraten“ worden.

Er hat ja noch ein weiteres Ding am Laufen: Die Heiligsprechung von Papst Pius XII. Das ist der, der als Pacelli das Konkordat 1933 mit Hitler geschlossen und als Papst zum Holocaust geschwiegen hat. Ratzinger muss sich langsam, fragen, ob mit seinem Pontifikat einmal nur schwärzeste Reaktion und jetzt auch noch der Anti-Judaismus verbunden sein soll.

Karl-Helmut Lechner ■

Kundgebung, Demonstration und Hungerstreik in Berlin: Keine Abschiebung von Flüchtlingen nach Syrien!

BERLIN. Mehrere hundert Menschen beteiligten sich am 23. Februar '09 an einer Demonstration gegen die drohende Abschiebung von 7000 zumeist syrisch-kurdischen Bewohnern Deutschlands nach Syrien. Hintergrund für die Proteste ist das kürzlich abgeschlossene deutsch-syrische Rückübernahmeabkommen, das von Menschenrechtsorganisationen scharf verurteilt wird.

Das SHRC (Syrien Human Rights Committee) spricht davon, dass die Zahl der Menschen, die in Verhörzentralen der Sicherheitsdienste zu Tode gefoltert oder gezielt hingerichtet wurden, im Jahr 2008 deutlich angestiegen ist. Das Auswärtige Amt zeichnet in seinem Lagebericht von Mai 2008 ein düsteres Bild der Menschenrechtssituation. „Schon im normalen Polizeigewahrsam sind körperliche Misshandlungen an der Tagesordnung. Insbesondere bei Fällen mit politischem Bezug wird physische und psychische Gewalt in erheblichem Ausmaß eingesetzt."

Als „unverantwortliche und gefährliche politische Fehlentscheidung" kritisierte das „Kurdische Zentrum für juristische Studien und Beratungen e.V." (YASA) das Rückübernahmeabkommen. Auf dessen Grundlage wird es künftig möglich sein, nicht nur ausreisepflichtige syrische Staatsangehörige, sondern auch Drittstaatsangehörige und Staatenlose, wenn diese über einen Aufenthaltstitel oder ein Visum der syrischen Seite verfügen, abzuschieben. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen sind mittlerweile 300.000 Kurdinnen und Kurden in Syrien besonders harten Repressalien ausgesetzt. Ihnen wurde nach einer Sondervolkszählung im Jahre 1962 die Staatsbürgerschaft entzogen, was einherging mit massiven Einschränkungen staatsbürgerlicher und politischer Rechte. In Deutschland leben 28350 syrische Staatsangehörige, von denen 7000 als ausreisepflichtig gelten. Die überwiegende Mehrheit sind Angehörige der kurdischen Minderheit.

Als besonders skandalös bewertet die deutsche EU-Parlamentarierin der Linken Feleknas Uca die geringen Abschiebeanforderungen, die das Abkommen stellt. Maßgeblich ist lediglich eine Einreise über Syrien, so dass auch staatenlose Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon, Jordanien oder dem Irak bedroht sind.

Letzte Meldung: Nach Angaben der Veranstalter beteiligen sich 11 Personen an einem Hungerstreik gegen die Abschiebungen, der seit Dienstag vor dem Innenministerium, Alt Moabit 98 stattfindet. Eine junge Person sei bereits ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Quelle: caravane-info mailing list - flucht@nds-fluerat.org
Foto: www.umbruch-bildarchiv.de ■

2008 mehr Asylanträge: Jeder dritte Bewerber kommt aus dem Irak

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist im vergangenen Jahr erstmals seit 2001 wieder gestiegen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden 22.085 Asylanträge gestellt. Das waren 15,2 Prozent bzw. 2.921 Anträge mehr als 2007. 7.291 Menschen (35 Prozent) erhielten den Status eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskommission. Hauptgrund war der deutliche Anstieg irakischer Asylbewerber. 6.836 Iraker suchten in Deutschland um Asyl nach. Das waren 2.509 Anträge oder 58 Prozent mehr als 2007. Damit kam fast jeder dritte Asylbewerber im vergangenen Jahr aus dem Irak.

Trotz des Zuwachses bewegen sich die Bewerberzahlen auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. 1998 gab es noch 100.000 Asylbewerber, 1992 sogar fast 440.000. Pro Asyl wertet die Statistik als Beleg dafür, dass relativ wenigen Asylsuchenden die Flucht nach Deutschland gelingt. Die tatsächliche Zahl der zur Asylantragstellung nach Deutschland eingereisten Personen sei sogar noch geringer, da rund zehn Prozent aller Erstanträge von Amts wegen für in Deutschland neugeborene Kinder von Asylantragstellern gestellt wurden. Die Zahl der Widerrufsverfahren gegen einen früher einmal gewährten Flüchtlingsstatus entspreche auf das gesamte Jahr 2008 hochgerechnet der Zahl der Flüchtlingsanerkennungen.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst – Februar 2009 ■

Abschiebungshaft oft zu schnell beantragt

Abschiebungshaft wird zu schnell, zu häufig und zu lange beantragt und verhängt. In zwei Dritteln aller Fälle, die durch den Rechtshilfefonds des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes (JRS) in Bayern, Berlin und Brandenburg unterstützt wurden, konnte eine Entlassung aus der Haft erreicht werden. Die betroffenen Personen waren somit rechtswidrig oder rechtsfehlerhaft inhaftiert. Der Fonds finanzierte im vergangenen Jahr Anwaltshonorare in Höhe von 20.000 Euro für 83 Abschiebungshäftlinge, von denen 56, also 67 %, aus der Haft entlassen wurden. Die Hälfte der Kosten wurde 2007 durch einen Zuschuss des Europäischen Flüchtlingsfonds getragen, für 2008 ist eine Förderung durch den Europäischen Rückkehrfonds zugesagt. Den Rest bringt der JRS, der in den drei Bundesländern mit der Seelsorge in der Abschiebungshaft beauftragt ist, durch Spenden auf.

Die größte Gruppe der unterstützten Fälle stellten irakische Flüchtlinge, die über Griechenland eingereist waren und nach der sog. Dublin-II-Verordnung dorthin zurückgeschoben werden sollten. Das Land ist aber aufgrund der hohen Zahl der dort ankommenden Flüchtlinge schlicht überfordert. „Es ist absolut unverständlich, warum diesen irakischen Flüchtlingen ein Bleiberecht verweigert wird", erklärt JRS-Direktor P. Martin Stark SJ. Deutschland könne sich aus humanitären Gründen für zuständig erklären. „Die Bereitschaft zur Aufnahme ist da, doch hier werden Menschen und Verantwortung einfach abgeschoben."

Abschiebungshaft ist keine Straf- oder Untersuchungshaft, sondern lediglich eine Verwaltungsmaßnahme zur Sicherstellung der Ausreise. Dennoch kann sie bis zu 18 Monate dauern. Während Untersuchungshäftlingen ab einer Haftdauer von drei Monaten ein Pflichtanwalt beigeordnet wird, haben Abschiebungshäftlinge lediglich die Möglichkeit, Prozesskostenhilfe zu beantragen „die allerdings nur gewährt wird, wenn Rechtsmittel Aussicht auf Erfolg haben, was zur

Folge hat, dass der Anwalt bereits umfangreich tätig werden müsste, bevor seine Bezahlung geklärt ist. Ohne Anwalt sind Abschiebungshäftlinge aber nur schwer in der Lage, Haftanträge und gerichtliche Entscheidungen zu kontrollieren."

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Februar 2009 ■

Gefahrloser Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltsstatus angekündigt

BERLIN. Kinder von Menschen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, sollen künftig ohne die Gefahr zur Schule gehen können, dass ihre Eltern bei der Ausländerbehörde gemeldet werden. Darauf verwies Ende Januar die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Focus".

„Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht", so Böhmer. Und: „Das gilt auch für Kinder von Eltern, die ohne legalen Aufenthaltstatus in Deutschland leben." Die Bundesregierung arbeite laut Böhmer derzeit an Verwaltungsvorschriften, „die die Unsicherheiten beseitigen und pragmatische Lösungen für die betroffenen Kinder bringen sollen".

Derzeit besteht in Schulen und auch Kindergärten Unsicherheit darüber, ob die Leiter der Einrichtungen verpflichtet sind, über den fehlenden Aufenthaltstitel eines Kindes zu informieren. Das hat zur Folge, dass Illegalisierte ihre Kinder oft nicht zur Schule schicken. Gleichzeitig besteht eine Schulpflicht für Kinder von Menschen ohne Papiere in Bayern, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. In Berlin, Brandenburg und Thüringen gilt die Schulpflicht nur für Kinder, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

Wenn die Ankündigung der Integrationsbeauftragten umgesetzt wird, entspricht das einer langjährigen Forderung von Gewerkschaften, Kirchen und Menschenrechtsorganisationen.

Quelle: Publikation „Forum Migration März 2009" ■

Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" (1993 bis 2008)

BERLIN. Inhalt und Schwerpunkt der Dokumentation sind verletzte oder tote Flüchtlinge, die ohne die rassistische Sondergesetzgebung der BRD oder den Rassismus der Gesellschaft unversehrt überlebt hätten. Die Dokumentation zeigt in circa 5000 Einzelgeschehnissen die Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf die Betroffenen.

Sie umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2008.

175 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, – davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen,

480 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 295 an den deutschen Ost-Grenzen,

150 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 56 Menschen in Abschiebehaft,

814 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 492 Menschen in Abschiebehaft,

5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 371 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt,

31 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und 462 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr,

70 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,

14 Flüchtlinge starben bei abschiebeunabhängigen Polizeimaßnahmen,

417 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 130 Flüchtlinge in Haft.

67 Flüchtlinge starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 761 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt, 15 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und 744 Menschen wurden verletzt.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 375 Flüchtlinge ums Leben, durch rassistische Übergriffe und Brände in Flüchtlingsunterkünften starben 82 Menschen.

Die Dokumentation umfasst zwei Hefte. Beide Hefte (DIN A4) zusammen kosten 18 Euro plus 3,20 Euro Porto & Verpackung.

HEFT 1 (1993 - 1999) 6 Euro für 174 S., HEFT 2 (2000 - 2008) 13,00 Euro für 310 S. plus je 1,60 Euro Porto & Verpackung.

www.ari-berlin.org ■

Verbesserungen der Gesundheitssituation von Illegalen

BERLIN. Verbesserungen der Gesundheitssituation von Menschen in der Illegalität hat der Berliner Gesundheitsstaatssekretär Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (DIE LINKE) angekündigt. Der Senat plane die Einführung eines anonymen Krankenscheines, mit Hilfe dessen sich Menschen ohne Angst vor der Aufdeckung ihres Aufenthaltsstatus bei einem Arzt behandeln lassen könnten.

Es gehe nicht mehr um die Frage des Ob, sondern nur noch um die Frage des Wie, sagte Hoff bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung. Noch nicht geklärt sei die Frage, ob die ärztlich geleitete Stelle zur Überprüfung der Krankenscheinausgabe bei einer Behörde oder bei einem freien Träger eingerichtet werde. Hoff kündigte an, dass der Senat Geld für die Behandlungskosten im nächsten Haushalt bereitstellen werde. In einem Schreiben an alle Berliner Krankenhäuser hatte Hoff am 21.11.2008 klargestellt, dass Ärzte nicht verpflichtet seien, ihnen bekannt gewordene Daten von sich illegal aufhaltenden Patienten an die Ausländerbehörde zu übermitteln. Verwaltungsbereiche von öffentlichen Krankenhäusern müssten selbst entscheiden, ob eine Übermittlung im Einzelfall zulässig und erforderlich ist. Eine senatsübergreifende Arbeitsgruppe hatte die Vorschläge erarbeitet.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Februar 2009 ■

Körperliche Durchsuchungen: Ohne konkrete Verdachtsmomente

Nicht selten müssen sich Personen, die im Rahmen von Massen-Ingewahrsamnahmen in Zellen gesperrt werden sollen, vorher einer körperlichen Durchsuchung unterziehen lassen. Dazu müssen sie sich häufig vollständig entkleiden. Die Betroffenen empfinden dies in aller Regel als eine erniedrigende Behandlung. Im Rahmen einer Beschwerde eines Untersuchungshäftlings über Anus-Untersuchungen bei der Aufnahme in einer Justizvollzugsanstalt hat das Bundesverfassungsgericht in einer aktuellen Entscheidung die Schwere eines solchen Eingriffs betont und gefordert, dass solche Untersuchungen nur bei konkreten Anhaltspunkten für Gefahren oder geplante Straftaten durchgeführt werden müssen. In einer anderen Entscheidung hat das LG Lüneburg, ebenfalls unter Verweis auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes betont, dass das völlige Entkleiden vor der Gewahrsamnahme ein schwerer Eingriff in das Allgemeine Persönlichkeitsrecht ist und konkrete

Anhaltespunkte für bevorstehende Gefahren bedarf.

Die Anordnung zum vollständigen Entkleiden vor dem Einsperren in eine Zelle und nicht selten auch die Untersuchung von Körperhöhlen wird von Polizeibeamten immer wieder auch ohne konkrete Verdachtsmomente getroffen, so jedenfalls der Eindruck, den Amnesty International vom Eingang eingehenden Berichte hat.

Quelle: Amnesty International Sektionskoordinationsgruppe Polizei - flucht mailing list flucht@nds-fluerat ■

Katzhütte Flüchtlingsunterkunft: Asylheim-Multi wirft die Brocken hin

KATZHÜTTE. Der Betreiber der Asylunterkunft in Katzhütte schmeißt hin. Wie das Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt gestern gegenüber Freies Wort bestätigte, sah der Vertrag bislang eine Laufzeit von einem Jahr vor.

„Er verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn keiner der Vertragspartner von seinem Kündigungsrecht Gebrauch macht. Der Betreiber hat nun nach einer Verlängerung im Jahr 2008 von diesem Recht Gebrauch gemacht“, so Kreissprecher Peter Lahann. Nach Kenntnis von Freies Wort ist den bisherigen Mitarbeitern in Katzhütte die Kündigung bereits zugestellt worden. An die Stelle des privaten Unternehmens tritt wohl nun einstweilen das Landratsamt. Lahann: „Der Landkreis ist zur Unterbringung der Asylbewerber gesetzlich verpflichtet. Der Betreibervertrag endet demnach am 15. April.“ Der Landkreis werde hernach seiner Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Unterbringung ausländischer Flüchtlinge nachkommen. „Weitere Veranlassungen werden derzeit noch geprüft.“

Bundesweite Aufmerksamkeit wurde der Asyl-Unterkunft in Katzhütte im Sommer vergangenen Jahres zuteil, nachdem Bewohner gegen Missstände aufbegehrten. In Kritik geriet Schimmelbildung in den Wohnräumen, die eingeschränkte Warmwasserversorgung, stark reglementierte Schließzeiten bis hin zu fehlendem Toilettenpapier. Auch „Kollektivstrafen“ wie das Abstellen von Wasser in der Küche oder die „Konfiszierung von Kühlschrank oder dem Elektroheizer“, wurden gegenüber Medien beklagt.

Das Flüchtlingsnetzwerk „The Voice“ organisierte daraufhin eine Protestkundgebung am Sitz der Zentrale der „K und S – Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung“ in Sottrum, die bislang die Einrichtung, ein vormaliges FDGB-Ferienheim, in Katzhütte, betrieb. „K und S“ gilt als Marktführer für privat betriebene Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland. Zu den Hintergründen, warum der Betreibervertrag mit dem Landkreis gekündigt wurde, wollte sich das Unternehmen nicht öffentlich äußern, und verwies auf seine vertraglich mit der Kreisbehörde vereinbarte Verschwiegenheitspflicht.

http://www.freies-wort.de/nachrichten/regional/sonneberg/sonnebergloka l/art2407,940748 ■

Lagerleben für Flüchtlinge in Bayern abschaffen

Bayern zwingt 7636 Flüchtlinge dazu, in 118 Lagern zu leben. Jahrelange Unterbringung in Mehrbettzimmern in alten Gasthöfen, ausgedienten Kasernen und Containerunterkünften; Gemeinschaftsküchen und -bäder; Essens- und Hygienepakete; gebrauchte Kleidung oder Gutscheine; Arbeitsverbote und die Residenzpflicht zermürben die betroffenen Flüchtlinge. Dass dadurch viele psychisch und/oder physisch krank werden und massiv an ihrer Perspektivlosigkeit leiden, wurde von der Bayerischen Staatsregierung bisher hingenommen, denn die Unterbringung in Flüchtlingslagern soll „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“ (Durchführungsverordnung Asyl).

Lager in Böbrach, Bayern

Bei unserer Arbeit in der Gemeinschaftsunterkunft sehen wir Tag für Tag, wie das Leben dort krank macht. Endlich zeichnet sich eine Änderung ab: Am 23. April 2009 wird im Rahmen einer ExpertInnen-Anhörung im Bayerischen Landtag über die Zukunft der Flüchtlingsunterbringung debattiert. Die Missionsärztliche Klinik ist bei dieser Anhörung als Experte geladen.

Wer die Forderung nach Abschaffung der Lagerpflicht unterstützen möchte, kann auf der Homepage des Bayrischen Flüchtlingsrates eine Petition dazu unterschreiben. Der Flüchtlingsrat wird diese Forderung an den Petitionsausschuss richten und in die Diskussion einbringen.

Quelle: ippnw-deutschland
http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/sammelpetition-wohnungen-statt-fluechtlingslager.html ■

Härtefallkommission zieht positive Bilanz

BERLIN. Eine positive Bilanz der Arbeit der Berliner Härtefallkommission hat der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Günter Piening, gezogen. In den vier Jahren ihres Bestehens haben durch die Arbeit des Gremiums 1.606 Personen, die von Abschiebung bedroht waren, ein Aufenthaltsrecht erhalten.

Positiv entschieden wurden 545 Fälle, in denen zum Teil ganze Familien betroffen waren. Sie stammen überwiegend aus Asien, Afrika und osteuropäischen Ländern. Das Engagement der Kommission sei notwendig, „um die Defizite des Ausländerrechts abzudämpfen“, betonte der Integrationsbeauftragte bei einem Pressegespräch. 2008 entschied der Innensenator über 177 Eingaben der Kommission positiv. Die Erfolgsquote liegt damit bei 69 Prozent und ist also gestiegen – im Jahr 2007 lag sie bei 60 Prozent. Erfreut über die positive Tendenz zeigte sich am Donnerstag der Vertreter des Erzbistums Berlin in der Härtefallkommission, P. Martin Stark SJ. „Wenngleich ich viele der negativen Entscheidungen nicht nachvollziehen kann“, betonte der Jesuit.

Die Altfallregelungen hätten für viele langjährig Geduldete ein Bleiberecht gebracht. Allerdings seien die Kriterien für die Lebensunterhaltssicherung zu eng gezogen. Wer “unter den Bedingungen der derzeitigen schweren Wirtschaftskrise“ bis zum 31.12.2009 keine Arbeit findet, dessen Aufenthalt wird vermutlich nicht verlängert werden. „Ich fürchte, dies könnte zum Jahresende 2009 zu einer großen Abschiebewelle führen.“ Daher müsse auf politischer Ebene dringend nachgebessert werden. „Für uns sind diese Fälle sehr belastend“, ergänzte Traudl Vorbrodt, die den Flüchtlingsrat in der Kommission vertritt. „Für die Menschen, die zu uns kommen, sind wir der letzte Strohhalm, wenn langwierige Gerichtsverhandlungen erfolglos waren und sie kurz vor der Abschiebung stehen, obwohl sie seit vielen Jahren in Berlin leben.“

Jesuiten-Flüchtlingsdienst
Februar 2009 ■

Wanderungen nach und aus Deutschland: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge legt Migrationsbericht vor

BERLIN. Anfang dieses Jahres ist der Migrationsbericht 2007 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erschienen. Darin wird ausführlich das

Migrationsgeschehen des Jahres 2007 dargestellt und in Bezug gesetzt zu den Wanderungsbewegungen seit den 1990er-Jahren.

Dabei zeigt sich unter anderem, dass die Zahlen der Asylbewerber und der Spätaussiedler, die nach Deutschland kommen, weiter rückläufig sind. Bei Zuzügen aus Drittstaaten sind die Daten einer Zeitreihe nur bedingt aussagekräftig. So liegt laut Bericht das Absinken der Zuzüge aus Drittstaaten von 2006 auf 2007 „insbesondere daran, dass bulgarische und rumänische Staatsangehörige als Unionsbürger im Jahr 2007 nicht mehr in der Zahl der Drittstaatsangehörigen enthalten sind".

Im Migrationsbericht werden auch die Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) ausgewertet. Da darin seit Kurzem auch der Aufenthaltszweck erfasst wird, lässt sich genauer dokumentieren, wie sich die Zuwanderer zusammensetzen. Dabei zeigt sich, dass bei Zuwanderungen aus Drittstaaten die Familienzusammenführung mit 28,9 Prozent die größte Zuwanderergruppe bildet.

Ein anderes Themenfeld ist der Fortzug von Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern aus Deutschland. Ein Ergebnis dessen: Die dauerhafte Auswanderung von Wissenschaftlern in die USA ist weit weniger dramatisch als in der Öffentlichkeit oft vermutet.

Schließlich befasst sich der Migrationsbericht auch mit so genannter illegaler Migration. Und er betrachtet die Gruppe Menschen mit Migrationshintergrund, die seit dem Mikrozensus 2005 vom Statistischen Bundesamt gesondert erfasst wird.

Quelle: Publikation „Forum Migration März 2009"

Zahl in Deutschland lebender Flüchtlinge auf Tiefstand

BERLIN. „Die Abschottungspolitik der Bundesrepublik gegen schutzsuchende Flüchtlinge zeigt Wirkung. Die Zahl der in Deutschland lebenden anerkannten Flüchtlinge befindet sich auf einem historischen Tiefstand", fasst Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, das Ergebnis einer Kleinen Anfrage (BT-Drs. 16/11840) zusammen. Danach waren Ende 2007 noch insgesamt 125.928 Personen mit einer Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung im Ausländerzentralregister erfasst, Ende 2008 hingegen nur noch 123.033 (-2.895). Jelpke weiter:

„Die restriktive Flüchtlingspolitik der Bundesregierung schlägt sich auch in der Zahl der lediglich geduldeten Flüchtlinge nieder. Trotz der Altfallregelung für Menschen, die seit mehr als sechs bzw. acht Jahren in Deutschland leben, befinden sich weiter fast 105.000 in diesem prekären Aufenthaltsstatus. Das sind ungefähr 6.000 weniger als im vergangenen Jahr. Nach der gesetzlichen Altfallregelung haben im Jahr 2008 etwa 22.000 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Das bedeutet, dass im Saldo 14.000 Menschen neu in die Duldung gefallen sind. Dabei handelt es sich in erster Linie um Menschen aus den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Die Notwendigkeit einer dauerhaft wirksamen Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete, die nicht stichtagsgebunden ist, besteht also weiter."

Die Kleine Anfrage und die Antwort können auf der homepage www.ulla.jelpke.de heruntergeladen werden.

Ulla Jelpke, MdB ■

Guantánamo-Gefangene aufnehmen

Amnesty International und andere internationale Menschenrechtsorganisationen haben die EU erneut aufgerufen, Gefangene des US-Lagers Guantánamo aus humanitären Gründen aufzunehmen, die entlassen werden sollen, aber nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. Die Organisationen haben sich in einem Brief an die Innen- und Justizminister der EU gewandt. Dabei wird die Frage der Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen auf der Tagesordnung stehen. Die EU habe die Möglichkeit, den etwa 60 Gefangenen einen sicheren Aufenthaltsort zu bieten und sicherzustellen, dass sie nicht Opfer weiterer Menschenrechtsverletzungen würden, heißt es in dem Brief, der heute Nachmittag auf einer Pressekonferenz in Brüssel der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben wird. Gleichzeitig würde die EU dazu beitragen, dem Menschenrechtsskandal Guantánamo ein Ende zu bereiten. Die EU müsse hier eine klare Führungsrolle übernehmen.

Unterzeichner des Briefes sind: neben Amnesty International, Human Rights Watch, Reprieve, Fédération Internationale des Ligues des Droits de L'Homme (FIDH) und Center for Constitutional Rights. Amnesty International weiß von einigen Guantánamo-Gefangenen, die über ihre Anwälte eine Ausreise nach Deutschland anstreben. Amnesty unterstützt die Anwälte bei ihren Bemühungen und hat die Bundesregierung bereits entsprechend informiert. Es handelt sich um Männer aus Syrien, Russland sowie einen staatenlosen Palästinenser.

Quelle: Pressestelle AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. ■

We can stop it... Everywhere!

Naziaufmarsch in Lübeck verhindern!

Am 28.3.2009 wollen Nazis zum vierten Mal einen sogenannten „Trauermarsch" zum Jahrestag der Bombardierung Lübecks im 2. Weltkrieg durchführen – den mittlerweile größten regelmäßig stattfindenden Naziaufmarsch Norddeutschlands!
Ähnlich wie in Dresden, versuchen auch in Lübeck Nazis in gewohnter revisionistischer Manier die Geschichte umzuschreiben. Mit der zynischen Wortwahl, die Bombardierung Lübecks als „Bombenholocaust" zu bezeichnen, verdrehen sie dabei bewusst die Rollen von Tätern und Opfern. In der Realität zielten die Bombardierungen deutscher Städte darauf ab, den von Deutschland begonnenen Angriffs- und Vernichtungskrieg durch die Zerstörung der Infrastruktur und der Demoralisierung der Bevölkerung schnellstmöglich zu beenden. Nicht nur unter Nazis wird meist verschwiegen, dass unter anderem auch die Luftangriffe notwendig waren, um Deutschland die militärische Niederlage zu bereiten, deren Resultat die Befreiung der Gefangenen aus den Konzentrationslagern und aller anderen Opfer des Nationalsozialismus war!

Nachdem 2006 und 2007 durch den Widerstand tausender AntifaschistInnen verhindert werden konnte, dass die Nazis auf ihrer angemeldeten Route durch die Lübecker Innenstadt marschieren konnten, mussten sie sich auch im letzten Jahr mit einem Aufmarsch außerhalb der Lübecker Innenstadt begnügen.

Dieses Jahr wollen es die Nazis um den Lübecker NPD-Vorsitzenden Jörn Lemke nun wieder wissen: Wenn es nach ihren Wünschen geht, soll die Route des „Trauermarsches" dieses Jahr durch die Lübecker Innenstadt führen. Sehr fraglich, ob ihnen das auch nur im Ansatz möglich sein wird... Aber entscheidend für uns ist: Egal, wo die Route letztlich verläuft, unser Ziel wird es sein, den Naziaufmarsch zu verhindern! Eine starke Gegenwehr ist dringender denn je:

Der zurzeit größte regelmäßig stattfindende Naziaufmarsch in Norddeutschland erfreute sich in den letzten Jahren einer steigenden Teilnehmerzahl. Hunderte Nazis reisen nicht nur aus Schleswig-Holstein, sondern auch aus weiten Teilen Deutschlands an! Wie wichtig die Etablierung solcher Großereignisse für die Nazis ist, und wie schwierig deren Eindämmung, führt uns der Naziaufmarsch in Dresden jährlich vor Augen. Daher müssen wir AntifaschistInnen besonders in Lübeck alles daran setzen, die weitere Ritualisierung dieses Spuks zu unterbinden! Beteiligt euch am 28.3.09 an den Antifaschistischen Gegenaktivitäten in Lübeck!

Aktuelle Infos gibt es unter:
www.ali.blogsport.de
www.wirkoennensiestoppen.de

Infoveranstaltung in Hamburg:
Donnerstag, 19.3.2009, 19 Uhr,
ROTE FLORA (mit ReferentInnen aus Lübeck und Hamburg)

Israel im Nahen Osten

John Bunzl hat eine umfassende und fesselnde „Zusammenschau“ seiner dreißigjährigen Forschungstätigkeit vorgelegt. Das Buch ist ein absolutes Muss für Jede/n, der die Genealogie der aktuellen Konflikte im Nahen Osten verstehen und praktisch, solidarisch eingreifen möchte.

Nach über 100 Jahren Zionismus (Theodor Herzls Buch „Der Judenstaat“ erschien 1896) kann keine kritische Sichtung der Dinge über den Tatbestand hinwegsehen, dass der Zionismus keine adäquate Anwort auf den vor allem gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer stärker aufkeimenden Antisemitismus war und ist.

Anstatt den Antisemitismus aus der konkreten historischen Situation zu erklären und auch im jeweiligen geschichtlichen Kontext zu begegnen, bemühten die zionistischen Theoretiker als Erklärungsversuche die jüdische „Entfernung von der Urproduktion“, d.i. vom Boden. „Die Erlangung eines eigenen Territoriums wird als ‚Vorausetzung für die Errichtung einer jüdischen Mehrheit in einer >normalen<, >vollständigen< Gesellschaft angesehen“ (S.17).

Dabei „übersahen“ die zionistischen Vordenker NICHT, dass das von ihnen für die jüdische Landnahme vorgesehene Territorium bereits besiedelt war – nämlich von den Palästinenser/innen. „Die einheimische Bevölkerung konnte der Perspektive, kolonisiert und majorisiert zu werden, von Anfang an verständlicherweise wenig abgewinnen. Die viel zitierte Parole „Das Land ohne Volk für das Volk ohne Land“ entsprach niemals einer historischen Realität“ (S. 222).

Konflikte mit der arabischen Bevölkerung wurden von Beginn an in Kauf genommen (S. 22f.). Wladimir Jabotinsky etwa formulierte bereits 1921: „Ich kenne kein einziges Beispiel in der Geschichte, wo ein Land mit der höflichen Zustimmung der einheimischen Bevölkerung kolonisiert wurde“ (ebd.).

Via vermehrte jüdische Einwanderung (S. 37 ff.) und „Transfer“ der PalästinenserInnen (in die arabischen Nachbarstaaten) sollte eine jüdische Mehrheit und schließlich ein jüdischer Staat zustandekommen. Kooperation – speziell mit dem englischen Imperialismus – spielte dabei eine wichtige Rolle. Besonders tragisch: die zionistische ArbeiterInnenbewegung war die „Avantgarde der Kolonisation“ (ebd.). Um die eigene Rolle zu legitimieren, heißt es schon bei Herzl, dass der „Judenstaat“ einen „Wall der Zivilisation gegen die Barbarei“ bilden würde“ (S. 224).

Eine wahre Fundgrube, um die Komplexheit der behandelten Materie zu verstehen, ist das Kapitel „Gescheiterte Lösungsversuche vor 1948 am Beispiel des Kommunismus in Palästina“ (S.61 ff.). Aber nicht nur die stalinistische Strömung der Arbeiterinnenbewegung verstrickte sich in handfeste und heillose Widersprüche. Auch die TrotzkistInnen hatten ihre Schwierigkeiten. Bunzl analysiert sehr differenziert ein Dokument der IV. Internationale – nach Weltkrieg und Holocaust – aus dem Jahre 1947 (S.93 ff.) und erkennt darin eine „Mischung aus realistischen und ... intentionalistischen Argumenten“ (S. 96).

Ein äußerst informatives Kapitel beleuchtet die Rolle der Religion im Nahost-Konflikt (S.191ff.). Darin wird u.a. festgehalten, worin die Ursache für die aktuelle „Konjunktur“ des Islams zu sehen ist. „Nationalismus“ und „Sozialismus“ waren anscheinend gescheitert und der „ Islam“ wurde als Therapie nach innen und Waffe nach außen (wieder-)entdeckt“ (S. 199).

Aus der Fülle der weiteren spannenden Analysen sei nur auf die Schwächen der israelischen Friedensbewegung (S. 229ff.) oder die „Asymmetrie“ des Oslo-Abkommens 1993 zulasten der PalästinenserInnen (etwa die Steigerung der Siedlungstätigkeit) verwiesen (S. 205 ff.).

Jonny Bunzl macht es sich nirgends leicht und vermeidet einfache, plakative Antworten. Die – kritische – Solidarität mit den verfolgten und vertriebenen PalästinenserInnen zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Zu recht wird aber ebenso festgehalten: „Eine realistische Haltung erfordert jedoch anzuerkennen, dass eine neue israelisch-jüdische Nation/Gesellschaft zwar auf Kosten der Palästinenser und in einem kolonialen Prozess entstanden ist, aber nichtsdestotrotz ein Faktum darstellt, das in jeder Konstellation angemessen berücksichtigt werden muss.“ (S.11).

Hermann Dworczak ■

John Bunzl Israel im Nahen Osten. Eine Einführung, 2008 Böhlau Verlag. Wien/Köln/Weimar. 315 Seiten, 25,60 Euro.

Fritz Soldmann 8. März 1878 – 31. Mai 1945

Sozialdemokrat, Schuhmacher, als Arbeitersekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Anwalt der kleinen Leute, Kriegsgegner, Arbeiter- und Soldatenrat, Republikaner der Weimarer Verfassung, Stadtrat, Landtagsabgeordneter im Freistaat Bayern, Reichstagsabgeordneter, Naturfreund, Arbeitersportler, Freidenker, Gegner und Opfer des Faschismus.

1878 in Lübeck geboren, erlernte er das Schuhmacherhandwerk und fand 1903 in Schweinfurt eine Heimat. Er hatte sich frühzeitig gewerkschaftlichen und sozialistischen Idealen verschrieben, wurde Arbeitersekretär des ADGB und führte seit 1917 die USPD in Schweinfurt an. Mit der Ausrufung der Räterepublik wurde er 1919 Volksbeauftragter für das Innere in München.
Kurzzeitig vertrat er Schweinfurt im Landtag und war zweimal (1920–1924 und 1932–1933) Mitglied im Berliner Reichstag. 1933 wurde er in sog. Schutzhaft in Dachau genommen und in der Folgezeit nach Entlassungen immer wieder verhaftet. Nach Internierung in den KZs Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald wurde er aus Buchenwald befreit und starb im Mai 1945 an den Folgen der Quälereien.

Gedenkveranstaltung
Mittwoch, 11. März 2009
19.00 Uhr, Schweinfurt, Rathausdiele
Denkmalenthüllung
Sonntag, 15. März 2009
10. 30 Uhr
Schweinfurt Luitpoldstraße/Sattlerstraße

Initiative Denkmal für Fritz Soldmann
Kulturwerkstatt Disharmonie Gutermannpromenade 7, 97421 Schweinfurt, Tel. 097 21 2 88 95

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Ganzgroßdeutsch-nationalistische Pläne

Junge Freiheit Nr. 9/09 vom 20.02.2009

Der Südtiroler Aufstand gegen die napoleonische Besetzung ist in diesem Jahr 200 Jahre her und die Eingliederung Südtirols 1919 nach Italien 90 Jahre her. Das nimmt das Blatt zum Anlass, deutsches Streben in Südtirol auszumachen: „Immer mehr fühlen sich über das rein Südtirolische hinaus auch als Tiroler, als Österreicher und letztlich als Deutsche.“ Die Südtirol-Frage sei „ungelöst“ und Tirol eine „offene Wunde Europas“, behauptet Blatt-Autor *Günther Deschner*. Mit dem Ende des Kalten Krieges sei nun endlich der Zeitpunkt gekommen, diese angebliche Frage zu beantworten. Über das Wie macht der Autor nur die oben zitierten Andeutungen. Das aber bedeutet weit mehr als Kalter Krieg oder Bombenterror, den die nationalistischen Südtiroler Bewegungen in den fünfziger und sechziger Jahren ausübten. Die Errichtung eines großdeutschen Staates würde Europa und die Welt in einen neuen Krieg stürzen.

Freie Wähler unter Beobachtung der JF

Junge Freiheit Nr. 10/09 vom 27.02.2009

Die Freien Wähler sind sich uneins über ihre künftige Strategie. Die baden-württembergischen Freien Wähler sind aus dem Bundesverband ausgetreten, weil es dort Kräfte gibt, die die Freien Wähler als gesamtdeutsche Partei aufbauen wollen und für ein Antreten der Freien Wähler bei der Europawahl streiten. Das beobachtet das Blatt mit Interesse, offensichtlich in der Hoffnung, es entwickele sich eine rechtsnationalistische Partei. Chefredakteur *Dieter Stein* kommentiert: „Vom Etabliertenschreck bis zur ernsthaften Alternative zum faden Einerlei der Mitte ist aber auch für die Freien Wähler noch ein weiter Weg. Dafür braucht es andere Kaliber als die designierte Frontfrau Gabriele Pauli, deren Originalität sich in linksliberalem CSU-Abweichlertum auch schon erschöpft hat. Der Ehrgeiz ist da und mischt den Kartell-Muff gehörig auf – doch es fehlt noch an einem klaren Kurs.“

Ganzgroßdeutsch-nationalistische Pläne

Junge Freiheit Nr. 11/09 vom 6.03.2009

Die Rechte hofft auf Erfolge in Folge der sich entfaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Blattautor *Thorsten Hinz* verlangt neue Ideen: „Geht es tatsächlich nur um kriminelle Finanzjongleure (was ist eigentlich mit den Landesbanken, die ebenfalls Millionen verzockt haben?), Korruption und Terrorismus oder nicht auch um die präventive Abwehr sozialer und politischer Unruhen, die durch den Kampf der Ethnien befeuert würden, ja um eine Globalsteuerung der Individuen? Um in die zersplitterte, geborstene Welt eine halbwegs gedankliche Ordnung zu bringen, reichen die Begriffe des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr aus.“

Die Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsweise reicht ihm schon gar nicht – denn die hat die internationale Solidarität der Arbeitenden zur Voraussetzung und lässt sich nicht mit nationalistischen Ambitionen verbinden. *uld* ■

14 Prozent für den NPD-Kandidaten

Sachsen. Wie die „Deutsche Stimme“, die Zeitung der NPD berichtet, kam es bei der Wahl des „Integrations- und Ausländerbeauftragten“ im Kreisrat des sächsischen Erzgebirgskreises zu folgendem Ergebnis: Die NPD verfügt dort über fünf Abgeordnete – NPD-Kandidat Stefan Hartung erhielt aber in geheimer Wahl mehr als doppelt so viele Stimmen, 12 von 84 Abgeordneten stimmten für ihn.

Hartung selbst hatte zuvor zu seiner Kandidatur erklärt: „Sollte ich gewählt werden, werde ich mich als ‚Ausländerrückführungsbeauftragter‘ verstehen“ – eine Position, die offenbar nicht nur die fünf NPD-Kreisräte und der DSU-Kreisrat teilten.

Quelle: Deutsche Stimme 3-09 ■

In Großbritannien nicht willkommen

Nationalzeitung vom 27. Februar 2009

In der Ausgabe 10 des Blattes wird gemeldet, dass dem niederländischen Parlamentsabgeordneten und Vorsitzenden der Partei für Freiheit (PVV) Geert Wilders in Großbritannien die Einreise verweigert wurde. Wilders hatte seinen im letzten März veröffentlichen Kurzfilm „Fitna“ im Gepäck, den er im Oberhaus zeigen wollte. Der Film hatte in islamischen Ländern Empörung ausgelöst, weil angeblich islamistisch motivierte Gewalttaten mit aus dem Zusammenhang gerissenen Koranzitaten zusammengeschnitten sind. Die Einreisebehörde hatte schon vorab verlauten lassen, Menschen, „die Extremismus, Hass und gewalttätige Botschaften exponieren“, seien nicht erwünscht. „Als Wilders im Londoner Flughafen Heathrow ankam, winkte man ihn heraus und verfrachtete ihn mit dem nächsten Flugzeug zurück nach Amsterdam“, berichtet das Blatt. In den Niederlanden werde nun heftig über seine Ausweisung debattiert, immerhin sei Wilders ja niederländischer Parlamentarier. Dagegen habe der Amsterdamer Gerichtshof die Staatsanwaltschaft abgewiesen, gegen Wilders wegen des Verdachts der Diskriminierung, Aufstachelung zum Hass und Beleidigung einer Menschengruppe ein Ermittlungsverfahren durchzuführen. Die NaZe nutzt die Gelegenheit, um Wilders als „extremen Parteigänger“ Israels hinzustellen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist für Antifaschist/innen eher, dass genau dieser Geert Wilders postwendend vom Vorsitzenden von Pro NRW Markus Beisicht zum „Anti-Islamisierungskongress“ eingeladen wurde, dessen Neuauflage am 9. Mai in Köln stattfinden soll. Beisicht begründet die Einladung damit, „daß die Meinungsfreiheit von Islamkritikern europaweit in Gefahr“ sei. Wilders Film habe „weltweit die Debatte über die Gefahren der Islamisierung beflügelt“. Aus diesen Gründen sei er geradezu „prädestiniert, für unsere Sache in Köln aufzutreten.“ Die Personalie Wilders, der allerdings wohl noch nicht zugesagt hat, könnte noch Zündstoff bieten. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507